Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel
Herausgeber: Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel
Band: 167 (1988)

Artikel: Die Politik der Liberal-Konservativen in Basel 1875-1914
Autor: Roth, Dorothea
Kapitel: I.: Organisation und allgemeine politische Tätigkeit
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1006843

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

I. Teil
Organisation und allgemeine politische Tätigkeit

1. Abschnitt
Die Basler Konservativen in der eidgenössischen Politik

1. Kapitel
Die eidgenössische Revisionsbewegung und die Gründung der Allgemeinen Schweizer Zeitung

In der städtisch lokalen sowie in der schweizerischen Politik sahen sich die Basler Konservativen zu Beginn der 1870er Jahre vor grosse Probleme gestellt. Wandlungen des politischen und gesellschaftlichen Lebens zeichneten sich ab, die alles, was die Eigenart Basels seit Jahrhunderten ausgemacht hatte, zu zerstören drohten. Die Revision der kantonalen Verfassung, unausweichliche Folge der stetigen Zuwanderung und der daraus sich ergebenden neuen Struktur der Bevölkerung, musste das alte Regierungssystem beseitigen und dem Freisinn den Weg bahnen. Darin sahen die bisher für das Wohl des Staates Verantwortlichen nicht nur eine Bedrohung der politischen Stabilität und damit des Gemeinwesens überhaupt, sondern auch eine Erschütterung, ja tödliche Gefahr für den baslerischen Protestantismus, der seit der Reformation den Nährboden der städtischen Existenz gebildet hatte.

Noch trüber schienen die Aussichten auf dem Feld der eidgenössischen Politik: Die Bewegung zur Revision der Bundesverfassung drängte einerseits nach einer Verstärkung der gesetzgeberischen Gewalt der Bundesbehörden, andrerseits aber auch nach dem Ausbau der Volksrechte, also nach einer Einschränkung der parlamentarischen Macht. Beide Tendenzen erregten den Widerstand der Gruppen, die sich seit 1848 ihres politischen Einflusses beraubt sahen: Föderalisten verschiedener Herkunft und mit unterschiedlichen Zielen. Vor allem im Welschland entstand das Bewusstsein eines Gegensatzes zu den freisinnigen deutschsprachigen Kantonen, in denen, besonders seit 1871, eine gewisse Ausrichtung nach dem deutsch-preussischen Staatsideal nicht zu bestreiten war. Nachdem eine erste Volksabstimmung im Mai 1872 die neue Bundesverfassung verworfen hatte, versuchten die Revisionsfreunde, durch eine Milderung der angefochtenen Bestimmungen erneut durchzudringen. Die Vereinheitlichungen im Militär-, Rechts- und Erziehungswesen wurden etwas eingeschränkt, und das Recht des Volkes, von sich aus Gesetze anzuregen («Volksbegehren», Initiative), ersetzte man durch das «Veto», das Referendum. In dieser Gestalt nahmen Volk und Stände am 19. April 1874 die revidierte Bundesverfassung an.

Es liegt auf der Hand, dass sich auch die Basler Konservativen auf der Seite der föderalistischen Opposition befanden. Die Notwendigkeit, sich dem Zeitgeist zu widerset-

zen, erschien als Pflicht, die ein erhebliches Mass an Selbstverleugnung erforderte, denn es bestand kaum Aussicht auf Erfolg. Dem «Untier der Demokratie», wie sich Andreas Heusler II ausdrückte, galt es zu gleicher Zeit in Basel selbst entgegenzutreten; denn mit den neuen eidgenössischen Verhältnissen liess sich die alte Basler Verfassung nicht vereinen. Der Kampf wurde nun aufgenommen, in dem die Basler in Verbindung mit einigen Gesinnungsgenossen aus Zürich und Bern zwei Unternehmungen ins Leben riefen, die den Fortbestand der konservativen Opposition im freisinnigen Bundesstaat sichern sollten: die Allgemeine Schweizer Zeitung und den Eidgenössischen Verein.

a) Grundsätze und Personenkreise der Allgemeinen Schweizer Zeitung (ASZ)

Seit dem Eingehen der Basler Zeitung, die den Höhepunkt ihrer Wirksamkeit zur Zeit der Bundesgründung erlebt hatte, bestand in Basel kein konservatives Organ mehr. In den 1860er Jahren konnte sich die gemässigte liberale Richtung in den Basler Nachrichten Gehör verschaffen. Als dieses Blatt aber 1872 in die Hände des schweizerischen Freisinns überging, war die Zeit zur Gründung eines eigenen Organs gekommen. Der Schritt wurde gewagt mitten in den Auseinandersetzungen um die Bundesrevision, im Sommer 1873.

Zum Ziel setzte man sich die «Verteidigung des republikanisch föderativen Systems auf der Grundlage eines positiven Protestantismus».[1] Die schweizerische Volkskraft beruhe auf dem politischen Leben der Stände, heisst es ferner, das eidgenössische Staatsleben sei «von jeher ... das in höhere Potenz umgesetzte der Kantone» gewesen.[2] Deshalb wird allen Versuchen von Straffung der Bundesgewalt der Kampf angesagt: die Zentralisierung des Rechtswesens treffe die kantonalen Traditionen und beraube die Gemeinden ihrer Unabhängigkeit. «Es ist für die Gesundheit eines Staates wichtiger, dass die Gemeinden innerlich gesund sind, als dass der einzelne in seiner Bewegung frei ist».[3] Für das konservative Denken ist es sodann bezeichnend, dass der Widerstreit zwischen Bundes- und Kantonsgewalt bei der Revisionsfrage nur als Vorwand betrachtet wird. In Wirklichkeit gehe es um den Kampf zwischen «republikanisch autonomischer Gliederung und monarchisch einheitlicher Regierungsgewalt».

Ein in diesem Sinn organisiertes Staatswesen könne nicht mehr als Republik, sondern müsse als «demokratische Monarchie» bezeichnet werden. In der Widersprüchlichkeit dieses Ausdrucks ist die Verwerfung des gesamten Konzepts der revidierten Verfassung enthalten.[4] Die kleine Gruppe Basler Konservativer, die diesen altschweizerischen föderalistischen Standpunkt vertrat, gehörte dem Kreis an, der sich seit Jahrzehnten für die Erhaltung des protestantisch republikanischen Charakters der Stadt eingesetzt hatte. Ihre politische Haltung wurzelt im christlichen Glauben, in der Überzeugung, dass es gelte, den Protestantismus als Grundlage des Staatswesens unangefochten zu erhalten. Ein äusserer Zusammenschluss dieser Männer, die durch vielfache persönliche Beziehungen untereinander verbunden waren, bestand nur im Bereich des kirchlichen, nicht des politischen Lebens: in den sogenannten «Reichsgotteswer-

ken», der Basler Mission und dem Verein christlicher Gemeinschaft. Im Mittelpunkt dieses Freundeskreises stand der Patriarch des baslerischen Protestantismus, Ratsherr Adolf Christ. Als langjähriges Mitglied der Regierung kannte er das Gehäuse der komplizierten alten Stadtverwaltung bis in seine letzten Winkel. Durch seinen Beruf als Bandfabrikant verfügte er über weite Beziehungen und vielfache Kenntnisse – weltmännische Offenheit und Geschick im Umgang mit Menschen hatten eine Persönlichkeit geprägt, die sich in Basel grosser Achtung und Popularität erfreute. In seinem Haus fand im Juni 1873 die Gründungsversammlung der Allgemeinen Schweizer Zeitung (ASZ) statt. «La crême des braves gens», so nennt Christ seine Freunde, die «vollzählig» erschienen waren, und aus denen nun ein Ausschuss von fünf Personen gebildet wurde, die die Zeitung ins Leben riefen.[5)]

Für die Finanzen und die allgemeinen Geschäfte waren der Bankier Eduard Bernoulli und der Kaufmann Eduard Preiswerk zuständig. Beide gehörten dem Komitee der Basler Mission an und verkörperten wie Christ den Typus des Handelsherrn, der geschäftliche Integrität, Tüchtigkeit und Können mit christlicher Glaubenshaltung vereinigt. Das geistige Haupt der Zeitung war Andreas Heusler II, der Sohn des Ratsherrn und Redaktors der früheren Basler Zeitung. Dank der Kontinuität des Namens und der Persönlichkeit mochte somit für manchen Leser die Stimme des berühmten Blattes aus der Zeit der Kantonstrennung und der Bundesgründung wieder erwacht sein. Heusler war Gelehrter, Universitätsdozent für Rechtsgeschichte und Zivilprozessrecht. Die Lehrtätigkeit und praktische Mitarbeit an der Gesetzgebung nahmen bei ihm den ersten Platz ein. Politisch trat er kaum hervor und überliess – im Gegensatz zu seinem Vater – die Redaktion einer andern Feder. Umso gewichtiger war aber sein Wirken bei der Planung der politischen Aktivität und der geistigen Ausrichtung der Zeitung. Seine Autorität als Kenner des Rechts war Hintergrund und letzte Instanz für die Konservativen beim Kampf gegen die Bundesrevision, der nun als erste Aufgabe in Angriff genommen wurde. Durch Subskriptionen aus dem Freundeskreis wurde die Finanzierung sichergestellt, und vom September an erschien die Zeitung regelmässig. Alljährlich im Herbst traten die Geldgeber in der «Lesegesellschaft» zur Entgegennahme eines Berichtes zusammen. Aus den Protokollen dieser Versammlungen lässt sich die Entwicklung einigermassen verfolgen, und es werden die Personen sichtbar, die dahinterstehen: unter den rund dreissig Subskribenten, die die Versammlungen regelmässig besuchen, sind etwa ein Drittel Mitglieder des Missionskomitees oder des Vereins christlicher Gemeinschaft. Sie gehören fast ausnahmslos den alten stadtbaslerischen Geschlechtern an. 1875 zählen wir zehn Kaufleute (darunter drei Bandfabrikanten), sechs Rentiers, fünf Bankiers, fünf Pfarrer bzw. Theologen, drei Juristen und zwei Historiker. Nur vier von ihnen: Heusler, Vischer, Christ und Preiswerk sitzen im Grossen Rat.[6)]

Redaktor der ASZ war während fast zwei Jahrzehnten Arnold Joneli, Sohn eines Lehrers aus dem bernischen Seeland, der kurze Zeit das Pfarramt ausgeübt hatte und nun in Basel dem Theologischen Alumneum vorstand. Auch er also, der Kirche eng

Abb. 1: Alfred Joneli

verbunden, zum Zeitungsmann geworden, ein «conservativer Journalist, deren es fast keine gibt», wie er sich selbst ausdrückt. Mit dem Begriff «Journalismus» verband man eben noch die Vorstellung des radikalen Agitators. Als einziger Nichtbasler, mit der Stadt aber doch vielfach verbunden, war er wegen seines Schreibtalentes, das er nun ganz in den Dienst der Zeitung stellte, sehr willkommen.

b) Die ASZ als Organ des Eidgenössischen Vereins – Abgrenzung gegen die liberale Schweizerische Grenzpost

Nach der Ansicht Adolf Christs sollte die neue Zeitung ein Blatt «in und für Basel» sein. Bei der Werbung der Subskribenten wandte man sich aber an Gesinnungsfreunde in der ganzen Schweiz und appellierte an die «Vaterlandsliebe». Die Hauptlast lag bei den Baslern. Sie waren es, die tief in die Taschen greifen mussten und dies mit einem gewissen Heroismus auch taten, im Gefühl, dass es von ihren «herzhaften Opfern» abhänge, ob eine konservative Politik in der Schweiz überhaupt noch betrieben werden könne.

In Basel nahm die Zahl der Abonnenten rasch zu: in den sieben Jahren von 1876–1883 war sie beinahe auf das Doppelte gestiegen.[7)] Diesen Erfolg schrieb man unter anderm auch dem Einsatz Jonelis zu. Ebenso durfte man mit der Verbreitung in der übrigen Schweiz zufrieden sein. Während 1876 nur fünf Kantone genannt werden, wo

die ASZ gelesen wird, sind es 1880–1883 sämtliche Kantone mit steigenden Abonnentenzahlen.[8] Das Total der Leser war von 1508 (1876) auf 2873 (1884) angestiegen. Diese Entwicklung vollzog sich auf dem Hintergrund der vom Eidgenössischen Verein eingeleiteten Referendumspolitik gegen die Bundesrevision. Ihren Höhepunkt erlebte diese Bewegung um 1884, was sich deutlich in diesen Zahlen ausdrückt. So kann man die ASZ als das Organ des EV bezeichnen, mit dem Zusatz, dass die Führung stets bei Basel lag.

Obwohl die finanzielle Lage wegen der vielen Spenden nicht ungünstig war, musste man doch immer wieder mit einem Defizit kämpfen. Vorschläge, der Zeitung etwa durch Inserate aufzuhelfen und sie allgemein populärer zu gestalten, wurden immer wieder zurückgewiesen.[9] Die ASZ mochte kein «Volksblatt» werden! Das war die Problematik des «conservativen Journalismus», auf die Joneli hingewiesen hatte. Es gab kein Abweichen von gewissen Grundsätzen. Das zeigte sich, als 1883 die Möglichkeit auftauchte, durch ein Zusammengehen mit der Schweizerischen Grenzpost eine wesentlich bessere finanzielle Grundlage zu schaffen. Die Frage erledigte sich allerdings von selbst, weil die Grenzpost von J.R. Geigy erworben wurde. Eine Absage kam aber auch von seiten der ASZ: Im Kreis der Subskribenten sprach Andreas Heusler aus, was er öffentlich wohl kaum je erwähnte: «dass Fusion mit der Grenzpost nur möglich wäre durch Preisgebung unserer ganzen Haltung, namentlich, was die religiöse Seite betrifft».[10] Damit war die Scheidelinie zwischen der wirtschaftlich orientierten liberalen Haltung des Kreises um Geigy, der selbst auch zu den Subskribenten der ASZ gehörte, und den Konservativen deutlich umschrieben.

2. Kapitel
Versuch einer schweizerisch konservativen Politik im Eidgenössischen Verein (EV) – die Referendumsbewegung

Das Referendum, das dem Stimmbürger eine aktive Teilnahme an der Gesetzgebung ermöglichte, wurde selbst von den Freisinnigen mit Skepsis betrachtet, weil sie darin eine mögliche Behinderung der Arbeit des Parlaments voraussahen. Die Konservativen äusserten Bedenken über die politische Befähigung des Stimmvolkes: «Das Referendum ist eine gefährliche Operation für das Volksleben, indem es Agitation, politische Leidenschaften, Untergrabung der amtlichen Autorität unvermeidlich wachruft.»[11] Trotz solch grundsätzlicher Bedenken kam man aber zum Schluss, sich des neuen Mittels der Volksbefragung zu bedienen, dazu war ein organisatorischer Zusammenschluss notwendig: der Eidgenössische Verein.[12] Ein «Zentralcomité», das den Verein im Mai 1875 in Olten konstituierte, forderte zur Gründung von Sektionen in den einzelnen Kantonen auf. Es ist bezeichnend, dass Andreas Heusler, der die Zirkulare verfasst hatte, die man an die Abonnenten der ASZ versandte, und von dem alle Initiative ausgegangen war, selbst keine Funktion in der Leitung des Vereins über-

nahm. Die Sektion Basel trat im Oktober mit 120 Personen in Erscheinung zur Vorbereitung der Nationalratswahlen. Das Präsidium hatte Altbürgermeister C.F. Burckhardt, dem sich jetzt, nach der Aufhebung der alten Basler Regierungsform, ein neues Feld eröffnete. Er übernahm gleichzeitig den Vorsitz des Zentralkomitees, so dass auch im EV die Führung bei den Baslern lag. Wie in der Zeit des Sonderbunds setzte der Luzerner Philipp Anton von Segesser seine Hoffnung auf Basel: zwar drohe auch die Rheinstadt «in den eidgenössischen Schlamm zu versinken», aber: «Sie haben in Basel immerhin die Intelligenz und den Reichtum auf Ihrer Seite, und diese zwei Faktoren müssen auch in Basel die Neubildung einer konservativen Partei ermöglichen.»[13)]

a) Die Referenden von 1875 und 1877. Beziehungen der Basler Konservativen zu Schaffhausen, Glarus, Appenzell, Luzern, Zürich, Thurgau, Aargau, Neuenburg, Waadt, Genf

Der Kampf galt zunächst den Bundesgesetzen über die Ausübung des Stimmrechts und über den Zivilstand. Die Konservativen erblickten in diesen Bestimmungen[14)] den Versuch der herrschenden Partei, das, was ihr mit der Verfassungsrevision nicht gelungen war, nun auf dem Weg der Gesetzgebung zu erreichen. Der Beschluss, gegen diese Gesetze das Referendum zu ergreifen, wurde schon im Februar 1875, also vor der eigentlichen Gründung des EV, vom Komitee der ASZ gefasst. Die Fäden dieses und der Abstimmungskämpfe der späteren Jahre liefen bei Andreas Heusler und den Präsidenten des Zentralkomitees C.F. Burckhardt und Wilhelm Vischer zusammen. Aus ihrer persönlichen Korrespondenz können hier Ergänzungen zum bekannten Verlauf der Abstimmungskampagnen angebracht werden.[15)] Dabei fällt einiges Licht auf die parteipolitischen Zustände verschiedener Kantone sowie – jeweils aus der Sicht der Korrespondenten – auf die daraus sich ergebenden Schwierigkeiten, die den Zusammenschluss der protestantischen Konservativen hemmten oder gar unmöglich machten.

Geradezu persönlicher Art ist die Problematik für den Schaffhauser Regierungsrat Zacharias Gysel; dem in bäuerlichen Verhältnissen lebenden stillen und zurückhaltenden Mann wird die tiefe Kluft bewusst, die ihn von den Basler Politikern, etwa dem Rechtsgelehrten Andreas Heusler, trennt. Obwohl er seit fast drei Jahrzehnten der Regierung seines Kantons angehört, hält er sich für einen schlechten Redner und unbegabten Organisator; deshalb lehnt er es entschieden ab, das Präsidium des EV zu übernehmen. Der Vereinsgründung begegnet er mit Skepsis: «Conservativ sein, heisst heutzutage in den Augen vieler Leute aber so viel, als übelberüchtigt sein, und deshalb will es niemand sein, obwohl ihrer viele es sind.»[16)] Dass es besonders in den ländlichen Kantonen, wo sich die Bevölkerung zwar vielfach abwehrend gegen radikale Agitation verhielt, dennoch schwierig war, eine konservative Organisation ins Leben zu rufen, zeigen die Berichte aus Glarus, Appenzell und Graubünden. «Der Radikalismus terrorisiert alles, was er erreichen kann, und die Conservativen sind hier so scheu und

furchtsam wie Käutzchen. Eine conservative Partei gibt es gar nicht», schreibt Pfarrer A. Schindler aus Mollis.[17)]

Im Kanton Appenzell wandte sich Heusler an die Fabrikanten J. Steiger von Herisau und J.C. Zellweger von Trogen.[18)] Das Bild ist ähnlich, auch Appenzell wird beherrscht von den beiden mächtigen Gruppen der Radikalen und der Ultramontanen, und für einen Erfolg eines konservativen Zusammenschlusses besteht «wegen gänzlicher Zerfahrenheit und Zaghaftigkeit der Konservativen in unserm Kanton» keinerlei Hoffnung. Beide Vertrauensmänner lehnen es ab, in irgendwelcher Form hervorzutreten oder einzugreifen. Sie wollen ihr Geschäft nicht durch politische Stellungnahme gefährden.[19)]

Der teilweise Erfolg – in der Abstimmung vom 23. Mai 1875 war das Zivilstandsgesetz zwar knapp angenommen, das Stimmrechtsgesetz jedoch verworfen worden – schien das Vorgehen durch das Mittel des Referendums zu rechtfertigen und weiter zu empfehlen. So kam es schon nach zwei Jahren zu einer weiteren eidgenössischen Referendumsabstimmung, die drei Gegenstände betraf: die neue Fassung des Stimmrechtsgesetzes, die Militärsteuer und das Fabrikgesetz.[20)] Alle drei Vorlagen wurden vom EV aus sachlichen und grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt. Nach wie vor war man der Auffassung, der Bund missbrauche die Gesetzgebung dazu, in unzulässiger Weise in die kantonalen Befugnisse einzugreifen.

Zu einer offenen Bekämpfung des Fabrikgesetzes konnte man sich im EV allerdings nicht entschliessen. Es war der Basler C.F. Burckhardt, der als Präsident die Ansicht vertrat, dass die gesetzlichen Vorschriften des Bundes eine Möglichkeit zur Überwindung der Klassengegensätze böten.[21)] Diese Ansicht des ehemaligen Bürgermeisters, der den Basler Klassenkampf 1868/69 erlebt hatte, ist deswegen bemerkenswert, weil er mit ihr im Kreis seiner politischen Freunde allein stand. Diese konnten in dem vorgeschlagenen Gesetz nur ein Erzeugnis der verhassten Gleichmacherei sehen und lehnten es deswegen ab.[22)]

Einheitlicher war die Ablehnung der eidgenössischen Bestimmungen über das Stimmrecht; darin sah der EV die Missachtung des Rechtes der Gemeinden, eine Bedrohung der «Grundzüge des schweizerischen Volkslebens». Bei dieser Frage war es möglich, den Kampf auf breiter Grundlage, unter Beiziehung der Gesinnungsgenossen aus der ganzen Schweiz zu führen. An der Stelle Heuslers, der seit der Gründung in den Hintergrund getreten war, wirkte jetzt Altbürgermeister C.F. Burckhardt.

Im Kanton Luzern besorgten Regierungsrat Hegner und der Arzt Roman Fischer die Sammlung der Unterschriften für das Referendum. Nach Hegners Bericht war es jetzt, 1877, leichter, die Katholiken für die Verwerfung des Gesetzes zu gewinnen als zwei Jahre zuvor. Den Bestrebungen des EV sowie der Haltung der ASZ zollte er grosses Lob.[23)]

Die Verteilung der Listen im Kanton Bern besorgte Eduard von Sinner, der zugleich versuchte, im Jura, im Wallis und im Waadtland Unterstützung zu finden. Er sah das Problem im Mangel an geeigneten Persönlichkeiten: «Wir haben allen Grund zufrie-

Zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 21. October 1877.

Der eidgenössische Verein

an seine Vereinsmitglieder und an alle Miteidgenossen.

Die **Volksabstimmung über drei Bundesgesetze,** welche durch zahlreiche und rasch vereinigte Unterschriften aus allen Theilen des Landes anbegehrt worden ist, findet am nächsten 21. October statt.

Nachdem der **Eidgenössische Verein** am 27. Mai des Jahres in seiner allgemeinen Versammlung beschlossen hat, von dem verfassungsmäßigen Recht des Volksentscheides gegen die Gesetze

betreffend **die politischen Rechte**

und

betreffend **den Militärpflichtersatz,**

Gebrauch zu machen, so geziemt es sich, daß wir vor der Abstimmung unsere **Gründe für die Verwerfung** nochmals zusammenfassen und öffentlich bekannt machen.

Vorerst ein kurzes Wort über das

Fabrikgesetz:

Die Betheiligung des Staates bei der Ordnung dieser Fragen hat nach dem Vorgang anderer Länder und einzelner Kantone auch Aufnahme in der Bundesverfassung gefunden. Allein die Anwendung des Grundsatzes auf die unter einander so sehr verschiedenen Einzelgewerbe hängt so ganz ab von der Natur einer jeden dieser Industrien, von dem Geschäftsgang im In- und Ausland, von localen und persönlichen Umständen, daß wir gefunden haben, es sei nicht sowohl die Sache eines politischen Vereins und eines Vereins, der auf das ganze Land einen gleichmäßigen Einfluß zu üben bestrebt ist, allgemeine Directionen betreffend das Fabrikgesetz zu geben, sondern da müsse die Stimmgebung nothwendig dem Ermessen der Einzelnen je nach der Lage ihres Wohnsitzes und ihres Gewerbes anheimgestellt bleiben.

Dagegen rathen wir Euch an, das vorliegende

Stimmrechtsgesetz

unbedingt zu **verwerfen.**

Eine der leitenden Ideen bei der Revision unserer Bundesverfassung war die Durchführung des **Schweizerbürgerrechts,** das heißt: die seßhafte schweizerische Bevölkerung solle künftig überall in der Schweiz die gleichen politischen Rechte besitzen. Früher waren diese Rechte mit der **Heimath** verbunden, mit der Heimath, auf welche ein unwiderstehlicher Zug in jedem Menschen die Theilnahme und Opferwilligkeit beständig hinweist. Jetzt ist die alte Heimath weiter geworden, sie umfaßt jetzt das ganze Land, aber sie thut das nur für denjenigen, der seinen Haushalt, sein Gewerbe, seine Familie, alle seine wichtigsten menschlichen Interessen **an einen festen Wohnort geknüpft hat,** und für diesen festen Wohnort auch alle Pflichten und Lasten bleibend übernimmt.

In der Gemeinde, in welcher eine schweizerische Familie wohnt und wirkt, da soll ihre Heimath sein. Dadurch wird das **Gemeindeleben** neu belebt, neu gekräftigt, die **Gemeinde** wird die gesunde starke Grundlage des gesammten öffentlichen Lebens des Landes.

Diejenigen Theile der Bevölkerung aber, die nur vorübergehend da sind, über ihre Zukunft noch nicht fest entschieden haben, die zunächst nur ihrem Erwerb nachgehn, die sollen zwar hierin frei und unbelästigt sein, aber sie sollen in die innere Verwaltung ihres mehr zufälligen Wohnortes **nicht mitzureden haben.**

Sehen wir zu, wie das Gesetz diese Grundzüge des neuen schweizerischen Volkslebens in Ausführung bringt.

Es führt sie gar nicht aus, es zerstört sie!

Abb. 2: Flugblatt des Eidgenössischen Vereins zur schweizerischen Volksabstimmung vom 21. Oktober 1877

den zu sein; die Berichte vom Land lauten günstig ... aber die Verantwortung ist schwer und drückt mich seit längerer Zeit – Sie glauben nicht, wie wenig Männer wir besitzen, um eine neue konservativ liberale Partei heranzubilden, schaffen und erhalten zu können.»[24)]

Schlecht standen die Aussichten in Zürich, wo sich Otto Pestalozzi um Verbindung mit den ländlichen Gebieten der Ostschweiz bemühte: «Die Leute sind müde, faul, bornirt mitunter.»[25)] Geradezu unmöglich schien es, die Bündner zu einer Stellungnahme etwa für das Fabrikgesetz zu veranlassen oder sie für eine gemeinsame politische Aktion zu gewinnen.[26)] Aus ländlichen Gebieten liegen einige weitere Stimmen vor, die es bestätigen, dass die im städtischen Milieu erwachsene konservative Haltung auf dem Land wohl vielfach Zustimmung fand, dass es aber sehr schwierig war, die Bevölkerung zu politischer Tätigkeit, und bestünde diese nur im Setzen einer Unterschrift, anzuspornen.

Vertrauensmann im Thurgau war Pfarrer Berger in Frauenfeld. Er vermittelte an C.F. Burckhardt die Adressen einer Anzahl Personen seines Bekanntenkreises, von denen er annehmen konnte, dass sie den Referenden nicht abgeneigt waren. Es sind drei Pfarrer, ein Bezirks-, ein Friedensrichter und ein Fürsprech sowie der Fabrikant Egli-Sinner, Besitzer der mechanischen Seidenweberei in Hauptwil bei Bischofszell.[27)] Im Gegensatz zu den Fabrikanten des Appenzellerlandes hält dieser mit seiner politischen Ansicht nicht zurück.[28)] Dass Stimmrechts- und Zivilstandsgesetz seinerzeit verworfen wurden, schreibt er seinem eigenen Einfluss zu. Er hat auch bereits gegen das Fabrikgesetz Stellung genommen zum Missvergnügen «der vom Socialismus angefressenen Arbeiter». Die aus den andern ländlichen Kantonen bekannte Situation wird auch für den Thurgau bestätigt: die Zeitungen sind entweder radikal oder ultramontan – ein gemässigter Liberalismus kann sich kein Gehör verschaffen.

Einen Gewährsmann ähnlicher Stellung hat Burckhardt in Zofingen: J.G. Ringier-Suter, der Adressen aus Rheinfelden, Laufenburg, Zurzach, Muri, Bremgarten und Baden vermittelt.[29)] Seine umfangreichen Briefe geben ein lebendiges Bild der aargauischen Industriezentren, die unter dem Einfluss der «radikalen Dorfmagnaten» stehen. Politik würde hier nur im Sinne negativer Kritik geübt: wenn Unterschriften überhaupt gegeben würden, «so liegt der Grund hauptsächlich in der gegenwärtig negativen Richtung unseres Volkes, welches eben, ohne lange Prüfung, lieber nein als ja sagt, weil die Geschäfte schlecht gehen».

Schliesslich ist noch kurz hinzuweisen auf die Beziehungen, die die Basler Konservativen mit den Kantonen der welschen Schweiz Neuenburg, Waadt und Genf anknüpften. Schon bei der Gründung des EV hatte Andreas Heusler mit Paul Jacottet und Georges de Montmollin aus Neuenburg Kontakt aufgenommen. Die Idee der Gründung einer schweizerisch liberalkonservativen Partei wird begrüsst, denn: «notre canton est mort, et, par conséquent mûr pour la république Suisse une et indivisible» schreibt Jacottet mit bitterer Ironie.[30)] Montmollin schickt eine Anzahl Adressen aus dem ganzen Kantonsgebiet, denen die Basler Zirkulare zustellen können. Das gleiche

Bild, das wir aus der deutschen Schweiz genugsam kennen, erscheint aus der Korrespondenz mit La-Chaux-de-Fonds: «Quant aux ultramontains inféodés aux doctrines du Syllabus je les redoute autant que les radicaux autoritaires, c'est au fond le même tempérament, les mêmes principes destructifs de la liberté avec des objectifs différents mais aussi désastreux l'un que l'autre.»[31] Trotz verschiedener persönlicher Kontakte kam mit dem Waadtland eine dauernde Verbindung nicht zustande.[32]

Etwas besser ging es in Genf. Auch R. de Seigneux begrüsst die Gründung des EV, und es kommt in Genf eine beachtliche Anzahl Stimmen für das Referendum zustande. Die Stellung der Radikalen ist hier viel weniger gefestigt als in den andern Kantonen. Nach der Ansicht de Seigneux' hält sich der Freisinn nur noch künstlich an der Macht, solange er von den Ausschreitungen des Ultramontanismus zehren kann.[33] Trotzdem kann sich die föderalistische Partei Genfs dem Oltener Verein nicht anschliessen. Schon die blosse Anwesenheit eines der Ihren hätte verhängnisvolle Folgen. Als Begründung für diese Zurückhaltung gibt de Seigneux einen interessanten Einblick in die Genfer Parteiverhältnisse: «Le parti fédéraliste de Genève est composé d'éléments politiques très différents: conservateurs, radicaux protestants, catholiques etc qui se sont réunis pour combattre la centralisation, mais qui seraient entièrement désunis sur d'autres questions.»[34]

Mit der Abstimmung vom 21. Oktober 1877, in der zwei der drei umstrittenen Gesetze verworfen wurden, hatte die Referendumsbewegung einen weiteren Erfolg errungen. Die Konservativen glaubten nun geradezu, «an einem bedeutsamen Wendepunkt im politischen Leben unseres Bundesstaates» zu stehen.[35] Der Sieg schien zu bestätigen, dass es an Gegenkräften gegen die herrschende Mehrheitspartei nicht fehlte und dass eine Sammlung dieser Bestrebungen nicht aussichtslos war.

Nach einer Pause von wenigen Jahren setzte nochmals ein ähnlicher Ablauf ein: Der neuerliche Vorstoss zur Verwirklichung eines freisinnig zentralisierenden Programms, diesmal auf dem Gebiet des Erziehungswesens, löste den heftigen Widerstand der föderalistischen Konservativen aus und förderte ihren Zusammenschluss, so dass eine weitere Reihe von Referenden zustande kam.

b) Höhepunkt und Ende der Referendumspolitik: die Referenden von 1882 und 1884

Der Gesetzesvorschlag von Bundesrat Schenk, das sogenannte «Programm Schenk», sah die Unterbindung des kirchlichen Einflusses auf die Schulanstalten vor und plante, in Ausführung des Schulartikels der revidierten Bundesverfassung, ihre Unterstellung unter eidgenössische Aufsicht, einen «Schulsekretär». Das Erziehungswesen war nun das Gebiet, auf welchem sich der Widerstand der Kantone, im Verein mit demjenigen der Kirche, besonders stark erhob. Der EV fühlte sich in diesem Fall, da es galt, eine kulturpolitische Massnahme des Bundes zu bekämpfen, mehr denn je zum Handeln berufen. Auf Antrag von Andreas Heusler fasste die Generalversammlung den Beschluss, das Referendum zu ergreifen.[36]

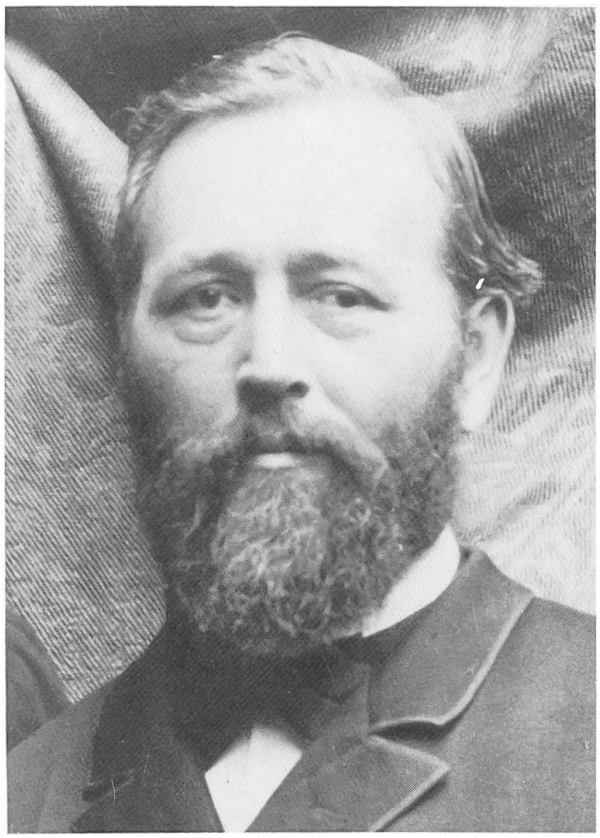


Abb. 3: Hans Jakob Bollinger,
1883 in den Vorstand des Eidgenössischen Vereins aufgenommen

Während die Welschen sowie die Berner und Zürcher aus verschiedenen Gründen Zurückhaltung übten, war es die Basler Sektion, die sich voll einsetzte, galt der Kampf doch demselben Gegner, den man gleichzeitig im engeren Bereich der lokalen Politik vor sich hatte. Die Tatsache, dass Basel zu diesem Zeitpunkt mitten in der Auseinandersetzung um die Gestaltung der Schule und ihrer religiösen Aufgaben, dem eigentlichen «Kulturkampf» stand, bewirkte, dass den Bestrebungen des EV grosse Unterstützung durch weite Kreise der Bevölkerung zuteil wurde.[37)]

Ein zaghafter Anfang zur Sammlung von Unterschriften wurde in höchst erwünschter Weise gefördert durch ein «Komitee», das sich aus eigenem Antrieb gebildet hatte.[38)] Die Gelegenheit, mit einem weiteren Kreis von Stimmbürgern in Verbindung zu treten und dem EV in Basel eine breitere Grundlage zu verschaffen, hat sich wohl kaum mehr so handgreiflich geboten wie bei diesen Schul- und Kirchenkämpfen, die mit grosser Anteilnahme, ja Leidenschaftlichkeit geführt wurden. Sie ist zwar bemerkt, aber nicht ergriffen worden:[39)] wohl stellte die ASZ ihre besten Kräfte zur Verfügung, indem A. Joneli sich an der Redaktion des «Schulvogts», einer Propagandaschrift, beteiligte, und Eduard Preiswerk die Finanzierung überwachte. Zu einer dauernden Partnerschaft mit dem Referendumskomitee oder gar den Quartiervereinen,

die sich jetzt bildeten, kam es nicht. Der EV verharrte in der Rolle des «Herrenvereins»: er nahm die Berichte des «mit der Agitation beauftragten» Komitees entgegen und deckte in grosszügiger Weise die nicht unerheblichen Kosten. Nach dem glücklichen Ausgang der Abstimmung löste sich das Komitee wieder auf, allerdings mit dem biederen Nachsatz, dass man sich gelegentlich, wenn es das Wohl des Vaterlandes erheische, «als gute Freunde» wieder zusammenfinden wolle.[40] Immerhin blieb ein persönlicher Kontakt bestehen, als wenig später drei ehemalige Mitglieder des privaten Komitees in den Vorstand des EV aufgenommen wurden.[41]

Im Anschluss an den Sieg über die radikale Schulpolitik wurde im EV die Forderung nach dem obligatorischen Referendum erhoben, und man unternahm einen neuen Vorstoss für die Einführung des Proporzwahlrechtes. Zu einem weiteren Protest fand sich die föderalistische Bewegung zusammen, als im Dezember 1883 ein Bundesbeschluss (er betraf ein Darlehen an einige Kleinstädte des Mittellandes, das diese vor dem Eisenbahnbankrott bewahren sollte) dem Referendum entzogen wurde.[42] Diesmal waren es die Waadtländer Liberalen, die bisher dem EV nichts nachgefragt hatten, sich jetzt aber bereit fanden, das autoritäre Vorgehen der Bundesbehörden nicht einfach zu schlucken. «La décision de l'assemblée fédérale ... concernant le prêt aux villes d'Argovie a vivement ému l'opinion publique dans le canton de Vaud. De divers côtés on nous sollicite d'introduire et de provoquer dans toute la Suisse un mouvement général de protestation contre cet abus de pouvoir», schreibt Edouard Secrétan, Redaktor der Gazette de Lausanne, an Wilhelm Vischer.[43]

Es scheint, dass um die Jahreswende 1883/84 in Kreisen des EV die Möglichkeit ernsthaft diskutiert wurde, ob nun nicht von föderalistischer Seite aus zur Bundesrevision aufgerufen werden sollte.[44] Aber bei aller Missbilligung der bundesrätlichen Politik kam man doch nicht darum herum, die politischen Möglichkeiten der Opposition realistisch einzuschätzen: sie waren recht gering. Zudem war der Anlass ungünstig: man ärgerte sich zwar über den Bundesbeschluss vom Dezember 1883, aber man musste im Grunde doch anerkennen, dass die Bundeskasse den betroffenen Gemeinden zu Hilfe kam. So überwogen sachliche und taktische Überlegungen, und die Welle der Empörung verebbte im Sand.[45]

Mehr Erfolg zeitigte die Aktion vom Frühjahr 1884, die man als den Höhepunkt und zugleich das Ende der konservativ-föderalistischen Referendumspolitik betrachten kann. Am 11. Mai 1884 wurden gleich vier Vorlagen, die die Bundesversammlung genehmigt hatte, in der durch das Referendum hervorgerufenen Volksabstimmung verworfen.[46] Auch diesmal war der Anteil der Basler Konservativen am eidgenössischen Abstimmungskampf nicht gering: im Gegensatz zur abwartenden Haltung der Zürcher und der etwas verworrenen Situation der Berner Konservativen schienen die Basler einig und drängten zum Widerstand.[47] Dieser war umso härter, als man auch jetzt in der lokalen Politik wieder vor einer ähnlichen Situation stand: es ging um das Schicksal der katholischen Schule in Basel, die vom Freisinn angegriffen und von den Konservativen mit Beharrlichkeit verteidigt wurde.

Die Tatsache, dass man auf beiden Ebenen, in der Stadt und im Bund, um die Verteidigung derselben Prinzipien rang: Eigenständigkeit und Vielfalt statt Unterwerfung und Vereinheitlichung, das mochte den Basler Konservativen eine gewisse moralische Stärke verschafft haben. Zu einer zusammenhängenden Politik, gemeinsam mit den andern Kantonen, konnte es aber gerade aus diesem Grund nicht kommen, weil jede konservative Gruppe so sehr auf ihre Eigenständigkeit bedacht war. Es war ja die Verschiedenheit, die man bewahren wollte!

Obwohl die Referendumskampagnen mehrmals dazu Anlass gegeben hätten, vermochte es der EV nicht, aus der Reserve herauszutreten und eine breitere Basis im «Volk» zu gewinnen. Er blieb der «Herrenverein», wo Politik das nobile officium einer geistigen und sozialen Elite darstellte, oder wo eine verschwindende Minderheit versuchte, reformatorisch christliches Gedankengut in eine Welt hinüberzuretten, in der Traditionen nicht mehr gefragt waren. So ist es nicht zu verwundern, dass der EV in den 1890er Jahren eines sanften Todes gestorben ist.

3. Kapitel
Liberale Kritik an der Politik des Eidgenössischen Vereins; die liberal-konservative Vertretung Basels im Nationalrat

Der Verlauf der Referendumsbewegung hatte gezeigt, dass der Widerstand gegen die Allmacht des Freisinns überall in der Schweiz Zustimmung fand. Obwohl Basel immer noch als Stützpunkt des Föderalismus galt, stiess aber die Politik des EV gerade hier, auch bei Männern, die ihm nahestanden, auf Kritik. Wie zur Zeit der Bundesgründung war auch jetzt die Einstellung zum Bundesstaat das Kriterium, das die Konservativen von den Liberalen schied. Der Konservatismus des Historikers Wilhelm Vischer, der jegliche Mitarbeit im Bundesstaat ablehnte – so bezeichnete er noch 1884 die Bundesversammlung als eine «über den Volkswillen erhabene Oligarchie» –, war wohl ein extremer Standpunkt, der sich ausserhalb des Kreises der politischen Gesinnungsgenossen kaum mehr vertreten liess.[48] Unter Freunden, beziehungsweise Kollegen an der Universität, wurde aber darüber diskutiert: Der Physiker Eduard Hagenbach umschreibt in einem persönlichen Brief an Vischer seine Haltung des gemässigten Liberalen: Obwohl er die Art, wie die Bundesversammlung gewählt wurde (damit meint Hagenbach, der Verfechter des Proporz, das Majorzsystem), nicht billigen kann, anerkennt er sie doch als gesetzliche Behörde, deren Arbeit nicht ständig behindert werden soll. Das grundsätzliche Opponieren des EV bezeichnet er als «anti-eidgenössisch», auch wenn diesem Vorgehen die beste Absicht zugrunde liegt. «Ich gebe zu, dass man die ganze Entwicklung der Eidgenossenschaft seit 1847 missbilligen und dennoch sein Vaterland aufrichtig lieben kann.»[49] Dieser Zwiespalt ist typisches Kennzeichen der altbaslerischen Politik, ein Rest von Distanziertheit gegenüber dem «neuen Vaterland» bleibt bestehen.

a) Die Schweizerische Grenzpost und Nationalrat Johann Rudolf Geigy

Ausser einem solch nuancierten Bekenntnis wie demjenigen Hagenbachs gab es aber noch handfestere Gründe, um die politische Abstinenz im Bundesstaat aufzugeben. Die neue Dynamik des wirtschaftlichen Lebens in Basel ging von Unternehmern aus, die ihrer Herkunft nach zu den Konservativen gehörten. Die freihändlerischen Grundsätze eines J.R. Geigy mussten sich aber auf das gesamtschweizerische Interesse ausrichten und parteipolitisch versöhnlich, d.h. auf den Ausgleich der Gegensätze hinwirken. Auch diese neue Haltung beanspruchte ihre Geltung im politischen Leben – Geigy gehörte während zwei Jahrzehnten dem Basler Grossen Rat an, er war Mitglied des EV und während drei Wahlperioden Nationalrat. Mit der Schweizerischen Grenzpost stand ihm ein eigenes Presseorgan zur Verfügung, und hier wurde denn auch die hartnäckige Opposition des EV gegen die Bundespolitik kritisiert. Der EV betreibe nicht nur «bösartige Verneinungs- und Obstruktionspolitik», sondern, dass «er sich der Bernischen Volkspartei in die Arme geworfen, die Fühlung mit den gemässigten Liberalen verloren habe und Hand in Hand mit der katholischen Schweiz gegen alles, was von Bern kommt, ins Feld ziehe», sei eine «neue, allen baslerischen Traditionen ... zuwiderhandelnde Taktik».[50] Vor der Abstimmung über das «Vierhöckrige Kamel» (im Mai 1884) lassen die vier Basler Vertreter in der Bundesversammlung ein Inserat in der Grenzpost erscheinen, in dem sie zur Annahme der Vorlagen und zum Vertrauen in die Bundesbehörden aufrufen.[51] Bei den Nationalratswahlen von 1878 und 1881 wurde Geigy sowohl vom EV als auch vom Gewerbeverein unterstützt. 1884 weigert er sich aber, vom EV portiert zu werden und gibt dafür in einem privaten Brief an Wilhelm Vischer sehr persönliche Gründe an: nicht nur Paul Speiser, sondern auch den freisinnigen Karl Burckhardt-Iselin bezeichnet er als seine «politischen Freunde», mit denen er gerne zusammenarbeitet. Anders ist es mit den Gliedern der «urchigen Liste ... Göttisheim und Consorten» – ihre Gesellschaft verlockt ihn nicht und ist im Gegenteil dazu angetan, ihm das Mandat zu verleiden. Ähnlich verhält es sich mit der in Aussicht stehenden Arbeit im eidgenössischen Parlament: die «am Ruder befindlichen Mittelmässigkeiten» verhindern das seriöse, sachgemässe Vorgehen. «Jeder Posamenter glaubt, über die schwierigsten nationalökonomischen Fragen eine Vorlesung halten zu können, während Leute wie Gonzenbach und Chenevière sich zurückziehen». So stellt er sich ernsthaft die Frage, ob es nicht besser wäre, überhaupt zu verzichten und die «Verantwortung für die Misswirtschaft» ganz den Radikalen zu überlassen.[52]

Unmut des gebildeten Fachmanns über den Dilettantismus der Unverständigen? Überheblichkeit des vornehmen Unternehmers über den zu politischen Ehren gelangten Kleinbürger? Die Frage, wie Sachwissen und das allgemeine Bürgerrecht der Mitarbeit im Staat sich vereinen lassen, wird wohl immer eine Problematik der Demokratie bleiben.

Die Art, wie Geigy als Parlamentarier seine freihändlerischen Grundsätze verwirklichte – durch den Abschluss der Handelsverträge mit Deutschland und Frankreich –,

zog ihm die Missbilligung des Gewerbevereins zu. Diese Verträge (von 1881 und 1882) waren auf die Vorteile der Grossindustrie ausgerichtet und brachten dem Handwerk keinen Nutzen. So rückte das Gewerbe unter dem Einfluss der freisinnigen Nationalratsanwärter Eckenstein und Göttisheim von Geigy ab.[53] Gleichzeitig erwächst ihm aber auch Hilfe vom Freisinn selbst: im «Demokratischen Verein» löst sich eine kleine, gemässigte Gruppe von zwanzig Männern, um sich als Anhänger Geigys um die Grenzpost zu scharen.[54] Das ausschliessliche Vorgehen der Freisinnigen, die nun drei Nationalratssitze für sich beanspruchen, wird von diesen zwanzig missbilligt: «Wir halten es für ein Gebot der Billigkeit und der Klugheit, der achtbaren liberalen Minderheit eine gebührende Vertretung einzuräumen.» Geigy, den die zwanzig aufstellen, sei aber nicht als «liberalkonservativer Vertrauensmann» zu betrachten, sondern als «Vertreter der gesamten industriellen und Handelsinteressen Basels». Diese Erklärung brachte den Umstrittenen dazu, was er dem EV versagt hatte, der Grenzpost zu gewähren; er stellte sich ein letztes Mal für das Amt zur Verfügung.

Die Uneinigkeit im «Demokratischen Verein» sowie die Haltung der Grenzpost wird von den konservativen Beobachtern unterschiedlich gewertet. Während die einen den Mittelkurs als «echte Grenzpostpolitik» verächtlich machen,[55] glauben die andern «an einem Wendepunkt in der Stellung der politischen Parteien» zu stehen. Die Dinge haben sich geändert, da die «frühere stramme Parteidisziplin in den Kreisen der radikalen Machthaber gelockert» und durch die Erklärung der Zwanzig ein «principieller Bruch constatiert worden», sei jetzt Raum geschaffen zu einer «Vereinigung aller gemässigten und wohldenkenden Elemente».[56]

b) Schwindender Einfluss des EV – Paul Speiser und die «Vertreter von Handel und Industrie» im Nationalrat

Nur in dieser Form der «gemässigten Elemente» oder wie es auch heisst: als «Vertreter von Handel und Industrie» konnten die Basler Konservativen noch hoffen, in Bern eine Stimme zu haben. Von der Basis her bedeutete dies den wachsenden Einfluss der Quartiervereine, für die Spitze brauchte man sich auch nach dem endgültigen Verzicht Geigys nicht zu sorgen, denn noch gab es Unternehmer, die bereit waren, ein politisches Amt zu übernehmen. Der bedeutendste unter ihnen war allerdings kein Mann der Wirtschaft, sondern Paul Speiser, Jurist und Universitätsdozent, mit reicher politischer Erfahrung. Dass eine Persönlichkeit von solch allgemeinem Ansehen sich zu den Konservativen bekannte – durch seine starke Beziehung zur protestantischen Kirche stand Speiser auch dem Kreis der ASZ nahe –, war ein ausserordentlicher Glücksfall. Speiser füllte die Lücke aus, die durch den Verzicht Geigys entstanden war.

Der Versuch, Leute aus dem engeren Kreis der ASZ in den Nationalrat zu bringen, war nur ein einziges Mal, 1878, unternommen worden, mit derart schlechtem Resultat, dass man ihn nicht wiederholte.[57] Seit dem Beginn der 90er Jahre hatte der EV jegliche Bedeutung verloren, die Entscheidungen fielen jetzt in den Quartiervereinen.[58] In der

Bundesversammlung vollzog sich in diesen Jahren die Umwandlung der bisherigen drei Gruppen, die durch eine Differenzierung nach links und rechts zu einer Schmälerung des demokratischen «Zentrums» führte. Speiser, unterstützt von einer Gruppe des Freisinns, schloss sich zunächst noch an das «Zentrum» an. Als 1890 vier Nationalräte zu wählen waren, versuchten die Konservativen, die Tradition der Vertretung des Basler Unternehmertums fortzuführen. Dies gelang allerdings nicht,[59] doch wurde drei Jahre später, mit knappem Vorsprung vor dem Sozialdemokraten Eugen Wullschleger, der Konservative Emil Bischoff gewählt. Mit ihm begegnen wir dem selteneren Typus des Geschäftsmannes, der sich aus dem Beruf zurückzieht, um sich der Politik zu widmen. Sein Mandat, das er allerdings nicht länger als eine Wahlperiode halten konnte, war ein Erfolg der konservativen Quartiervereine, die sich jetzt ohne den EV an den Wahlen beteiligt hatten. Beim Rücktritt Speisers, 1896, konnte Isaak Iselin, Jurist und damals Basler Regierungsrat, einen der zwei bisherigen Sitze retten, und kurz darauf gelang es, mit Karl Koechlin, der an Stelle des zum Bundesrat ernannten Ernst Brenner Nationalrat wurde, auch den zweiten wieder zu gewinnen.[60] Mit ihm begegnen wir nochmals dem Unternehmer, der sich aus der Politik zurückzieht, um sich vollständig seinem Beruf widmen zu können. Die Lücke, die durch seinen Verzicht entstanden war (1902), wurde wiederum (wie schon 1887) durch Paul Speiser ausgefüllt. Einige Jahre später tritt auch Isaak Iselin zurück, es ist nicht ein Geschäft, dem er den Vorzug gibt, sondern seine Laufbahn als hoher Offizier. Wirtschaft, Wissenschaft, Militär – in allen drei Bereichen behaupteten sich Angehörige der alten Basler Herrengeschlechter dank ihrer Tüchtigkeit, ihres Wissens, ihrer hohen Pflichtauffassung.

Auch als sich die Zahl auf sechs erhöhte, blieb es bei den zwei liberal-konservativen Vertretern Basels, die sich in Bern liberal-demokratisch nannten. Ihre Stärke bestand in der Kontinuität ihres Einsatzes, ihrem juristischen oder ökonomischen Wissen, das für die Ausgestaltung der Bundesgesetzgebung dringend benötigt wurde – aber auch in der Mässigung ihrer politischen Haltung, ihrer Bereitschaft zur Zusammenarbeit, die seit den streitbaren Zeiten der Referenden stets gewachsen war. Das Fehlen einer eidgenössischen Parteiorganisation bildete für sie kaum ein Hindernis, im Gegenteil, ihre Unabhängigkeit war für die sachliche Bewältigung der parlamentarischen Arbeit nur von Vorteil und wurde in diesem Sinn auch gewürdigt.[61]

4. Kapitel
Das Ende des Eidgenössischen Vereins und die Gründung der Liberal-demokratischen Partei der Schweiz

Seit den 1890er Jahren ging der EV in Basel seinem Niedergang entgegen. Im Oktober 1891 legte Andreas Heusler das Zentralpräsidium nieder, und die Leitung ging an Zürich über. Noch wurden zwar Versammlungen durchgeführt, und die Basler nah-

men an den jährlichen Zusammenkünften in Olten teil. Doch wurde es immer schwieriger, eine Rechtfertigung der eidgenössisch konservativen Politik zu finden; wohl sprach Rudolf Spoendlin noch von der Wahrung der individuellen Freiheit gegen die bureaukratische Staatsallmacht und von der Verteidigung der christlichen Weltanschauung.[62] Solche Politik musste sich aber, nach anderer Auffassung, auf dem Boden der Kantone und nicht in einem eidgenössischen Rahmen entfalten, daher sollte die Entwicklung vor allem in den Kantonen gefördert werden. So richtete Paul Speiser schon ein Jahrzehnt vor der Parteigründung in Basel sein Augenmerk auf die kantonale Politik.[63]

Auch in der Presse lässt sich ein Wandel feststellen: Der neue Redaktor der ASZ, Otto Zellweger, war kein überzeugter Anhänger der Bestrebungen des EV mehr. Im Unterschied zu seinem Vorgänger gehörte er dem Grossen Rat an, in dem er öfters das Wort ergriff, und nahm regen Anteil am Leben in den Quartiervereinen.[64] Mit der Auflösung der ASZ und der Gründung der Liberalen Partei in Basel war das Schicksal des EV besiegelt. Nachdem die Partei in Basel sich einigermassen gefestigt hatte, erfolgte die Anregung zu einer erneuerten Organisation auf eidgenössischem Boden; im Dezember 1908 lädt der Ausschuss zu einer Zusammenkunft der liberal-demokratischen Gruppen der deutschen und welschen Schweiz ein.[65]

Diesem ersten Vorstoss folgt eine längere Pause, bis die Idee wiederum von Basel aufgegriffen wird; man wendet sich an die im eidgenössischen Parlament vertretenen Gesinnungsgenossen. Als «liberal-demokratische, dem Zentrum der Bundesversammlung nahestehende Parteien der Schweiz» werden die Gruppen bezeichnet, deren Vertreter im Juni 1913 unter dem Vorsitz des Präsidenten der Zentrumsfraktion, des Bündner Nationalrats Alfred von Planta, zusammentraten.[66] Neben der Fraktion der Bundesversammlung, die den Kern der neuen Vereinigung bildet, tritt die Liberale Partei Basel schon in der ersten Sitzung hervor: Parteipräsident Adolf Bieder, «von dem die Einberufung ausgegangen ist», spricht über die Notwendigkeit «einer ständigen Organisation der bisher lose verbundenen liberal-demokratischen Gruppen von Basel, Bern, Freiburg, Genf, Graubünden, Neuenburg, Schaffhausen, Waadt und Zürich.»[67] Bei allgemeiner Zustimmung erhält die Basler Parteileitung den Auftrag, «in Verbindung mit Genossen aus andern Kantonen» die Statuten einer einfachen, eventuell auf dem Vorortsystem beruhenden Organisation auszuarbeiten. Diese sollen von den kantonalen Organisationen diskutiert und einer neuen Delegiertenversammlung zur Entscheidung vorgelegt werden. Das erste politische Sachgeschäft, dem sich die Versammlung sodann zuwendet, ist der Nationalratsproporz; Albert Oeri hält ein einführendes Referat. Wenige Monate später, anfangs Oktober 1913, tagte in Bern die erste Delegiertenversammlung, die die Parteileitung wählte und die Statuten genehmigte.[68]

Die neue Partei wird als Erweiterung und stärkere Gliederung des «Zentrums» der Bundesversammlung aufgefasst. Diesen Namen, der ihre Stellung zwar gut bezeichnet, gibt man jetzt aber endgültig auf, um Verwechslungen mit der bekannten deutschen

Partei zu vermeiden und führt das Epithet «liberal-demokratisch» ein. Die Organisation ist föderalistisch, d.h. sie gründet sich auf die bestehenden Zusammenschlüsse in den Kantonen, denen die Politik in ihrem Bereich überlassen bleibt. Ihre Delegierten bilden zusammen mit den Mitgliedern der Bundesfraktion und den Pressevertretern das Zentralkomitee, das seinerseits einen Ausschuss wählt. Für eidgenössische Aktionen ist das Zentralkomitee zuständig und verantwortlich. Ähnlich wie 1875 fällt auch jetzt den Baslern das Präsidium zu: Carl Christoph Burckhardt-Schazmann übernahm den Vorsitz.[69)]

In der Art ihrer Organisation erinnert die neue Partei stark an den Zusammenschluss von 1875. Die Unterschiede bestehen einmal in der anders gearteten Zielsetzung; mit dem Ruf nach dem Nationalratsproporz war ein handgreifliches Programm gegeben, für dessen Verwirklichung man sich aktiv einsetzen konnte.[70)] Es ging nicht mehr um den Kampf gegen die Bundesbehörden, sondern um die Möglichkeit, sich an ihrer Arbeit zu beteiligen. Zum zweiten konnte die liberal-demokratische Partei ihre Tätigkeit auf breiterer Basis beginnen, als es dem EV möglich gewesen war; ausser den ehemaligen EV-Kantonen, den protestantischen Städten Schaffhausen, Bern, Zürich, Basel, Neuenburg umfasste sie nicht nur Genf und die Waadt, um deren Mitwirkung sich der EV vergeblich bemüht hatte, sondern auch Freiburg.[71)] Ein dritter Gegensatz zu 1875 besteht darin, dass jetzt den organisatorischen Bestimmungen eine «programmatische Erklärung» vorausgestellt wurde. Das, wovor die Basler in ihrem Bereich sich so lange gesträubt hatten, erschien nun unumgänglich für den eidgenössischen Verband.

In einem ausführlichen Referat vor der Partei in Basel gab Carl Christoph Burckhardt einen Kommentar zu diesen Grundsätzen, die die neue politische Konzeption der Liberal-Demokraten enthalten.[72)] Es geht zunächst um eine veränderte Auffassung des Verhältnisses zwischen Bund und Kantonen: Die Einheit und Kraft des Bundes soll neben der Bewegungsfreiheit und Selbständigkeit der Kantone erhalten bleiben und gepflegt werden. Die Entwicklung drängt von selbst zu einer Stärkung der Kantone, andrerseits stellen sich Aufgaben, die nur der Bund lösen kann. «Föderalisten gibt es nicht mehr», das ist die lapidare Absage an den Konservativismus des 19. Jahrhunderts, dessen Zeit endgültig abgelaufen ist. Das Anliegen der neuen Partei kann also nicht mehr das hemmende Neinsagen, die berüchtigte «Obstruktionspolitik» sein, sondern die beobachtende kritische Opposition, die von ihrem bestimmten Standpunkt aus den Aufbau des Ganzen im Auge hat. Voraussetzung zu solch konstruktiver Arbeit ist eine starke, in ihren Entscheidungen unabhängige Exekutive, die aber doch unter der aufmerksamen Kontrolle des Parlamentes steht.[73)] Diese Auffassung schliesst nicht aus, sondern erfordert geradezu die Pflege der Eigenart der Stämme, der historisch gewordenen Besonderheit der einzelnen Kantone. In der Erfüllung ihrer kulturellen Aufgaben müssen die Stände völlig frei bleiben, deswegen wird Schutz des schweizerischen Volkstums und Erhaltung des Friedens zwischen den Konfessionen gefordert. Das von der älteren Generation vertretene konservative Gedankengut lebt also in gewissen Formen, besonders in der Betonung der historischen Elemente, weiter.

Die Ausrichtung auf die Gestaltung des gesamten schweizerischen Staatslebens drängt nach einem Ausgleich der Gegensätze, einer Verständigung beim Divergieren wirtschaftlicher und sozialer Interessen. In diesem Punkt sieht Carl Christoph Burckhardt die eigentliche Aufgabe des Standes Basel, dessen historische Rolle stets in der Vermittlung bestanden habe: «Wir wollen bei aller Festigkeit unseres Standpunktes versöhnen, indem wir den richtigen Ausgleich finden ... zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wir wollen insbesondere jeden gewalttätigen Druck abwehren, von welcher Seite er auch komme.» Diese letzte Bemerkung ist aus den Erfahrungen des Streiksommers 1913 zu verstehen. – Echt liberal sind die Postulate nach der Förderung des privaten Unternehmungsgeistes und nach einem Wahlsystem, das die Mitsprache des Volkes durch gerechte Vertretung der Parteien in den Behörden garantieren würde. Endlich bekennen sich die «Grundsätze» zu einem sittlichen Standpunkt, der wie eine Säkularisierung des konservativen Prinzips der Erhaltung des christlichen Glaubens anmutet. Bei aller Bemühung auf dem Feld des Materiellen, also in der kämpferischen Politik, dürfe die Partei die geistigen Werte nicht vernachlässigen. Nicht nur in der Gesetzgebung, auch im Leben des einzelnen müsse nach der Verwirklichung der aufgestellten Grundsätze gestrebt werden: «Wenn der Staat nicht getragen ist von der felsenfesten Überzeugung des einzelnen, dann sind die schönsten Grundsätze Schall und Rauch. Wir wollen die Gesetze, die wir machen, auch halten.» Mit dieser zwar einfachen aber von echter Verantwortung zeugenden Empfehlung reiht sich Carl Christoph Burckhardt als ebenbürtiger Nachfahre in die beachtliche Reihe konservativer Politiker ein, die im 19. Jahrhundert versucht hatten, das protestantische Baslertum gegen die vielen Einwirkungen einer neuen Zeit zu retten. Der frühe Hinschied dieses Mannes, dessen Tätigkeit in der Partei so verheissungsvoll begann, bedeutete für diese einen schwer zu ermessenden Verlust.[74] Dieses weitere Geschehen soll hier nicht verfolgt werden, sondern wir wenden uns der Entwicklung der liberal-konservativen Partei in Basel zu.

2. Abschnitt
Die Entwicklung in Basel

1. Kapitel
Die Haltung der Liberal-Konservativen bei der Verfassungsrevision und den Wahlen von 1875

Die Revision der Basler Kantonsverfassung, die der eidgenössischen von 1874 auf dem Fusse folgte, kann als das natürliche Ergebnis einer langjährigen Entwicklung betrachtet werden. Aus dem Ratsherrenregiment, das seine Zeit durchlaufen hatte,

wuchs die neue staatliche Ordnung in organischer Weise, wie eine reifende Frucht, hervor. Die Einsicht in die Notwendigkeit der Umgestaltung hatte sich bei den bisherigen Häuptern der Stadt schon seit Jahren gebildet – sie fügten sich, wenn auch nicht mit durchwegs freudigen Gefühlen, so doch ohne Groll, dem als unvermeidlich erkannten Geschehen.

a) Stellungnahmen

Die vom Grossen Rat bestellte Revisionskommission bestand etwa zu gleichen Teilen aus freisinnigen, konservativen und «mittelparteilichen» Gliedern.[75] In allen drei Gruppen waren Angehörige der alten Herrengeschlechter vertreten, die sich noch immer der alten Achtung erfreuten und auf deren staatsmännische Erfahrung man bei der zu leistenden Arbeit nicht verzichten wollte. Ihre Mitwirkung an der Neugestaltung ist ein Zeugnis sowohl für ihre eigene Bereitwilligkeit, sich weiterhin am öffentlichen Leben zu beteiligen, als auch für den Willen der Gegner, der Freisinnigen, mit dem Alten nicht völlig zu brechen. Dieses Handbieten zu kontinuierlicher Entwicklung, das für die Basler Verhältnisse bezeichnend ist, war umso eher möglich, als in den sachlichen Grundfragen Übereinstimmung herrschte. Bei den Beratungen über die Regierungsbehörden war es einer der beiden Bürgermeister, C.F. Burckhardt, der die Reduktion der Ämter, die feste Besoldung und die Aufhebung des Bürgermeisteramtes vorschlug.[76] Nur ein einziges Mal erklingt in den Verhandlungen der Revisionskommission ein unfreundlicher Ton: Der vom freisinnigen Ratsherrn Falkner erhobene Vorwurf, das Regierungssystem «basire nicht auf democratischen, sondern auf aristocratischen Grundlagen, man habe den regierenden Familien Stellen verschaffen wollen...», wird vom konservativen Bürgermeister mit Entschiedenheit zurückgewiesen; das Regierungsamt sei kein Vorrecht, sondern stets eine Bürde gewesen, «Basel ist geworden, was es ist, durch Freiwilligkeit im Leisten wie im Geben». Auch Ratsherr Carl Burckhardt bestreitet, dass es in Basel je «ein Patriziat oder regimentsfähige Familien» gegeben habe. Schliesslich lobt auch Rudolf Paravicini das alte Regiment und bekräftigt, dass dieses nie eine «Aristocratie des Geldes, sondern höchstens eine der freien Zeit» gewesen sei; «und es haben darin immer Leute von allen Vermögensverhältnissen gesessen».[77] Diese Voten bezeugen die Stärke des Gefühls gesellschaftlicher Zusammengehörigkeit, das sich über die Unterschiede der politischen Anschauungen hinweg bei den alten Familien da einstellte, wo das Regiment in seiner Ehre angetastet wurde. Aber auch dessen Eigentümlichkeit wird noch einmal sehr deutlich hervorgehoben: Die Vorzugsstellung der traditionalistischen Gesellschaft beruht nicht auf rechtlich festgesetzten Privilegien, sondern auf einer besondern Lebensform, deren Wurzel die sittliche Verantwortung ist.

Die Anteilnahme am Neubau des Staates ist im Bürgertum sehr ausgeprägt, das zeigt sich an der Zahl von Petitionen, die, wie dies schon früher bei Verfassungsänderungen üblich war, persönlich eingegeben werden konnten.[78] Für die Erhaltung der Unabhän-

Hr. Bürgerm. C. F. Burckhardt läßt nicht gelten daß in der Ablehnung des Antrages der 46 eine Direction für Vereinfachung liege; diese Behauptung sei schon im Großen Rath zum voraus widerlegt worden. – Der Vorwurf von Gefälligkeiten wird einmal auch im Gr. Rath erhoben werden, aber als der Anklager an die Wand gestellt wurde, mußte er zuletzt bekennen daß er übel berichtet worden sei. – Die hier etwa vorkommende Schwierigkeit eine erledigte Rathsstelle wieder zu besetzen, darf man nicht gegen das Collegialsystem anbauen, wenn man weiß welche Mühe sogar der große Kanton Bern oft hat einen Director zu finden. Es ist eben nicht so herrlich, in eine Regierung zu sitzen. – Der Sprechende erklärt sich für Reduction der Regierung auf 9 Mitglieder, für Fallenlassen der Bürgermeisterämter, für fixe Besoldungen statt der jetzigen Sportelcredite, für Reduction der Collegien und Commissionen, letzteres nicht weil das jetzige System schlecht wäre, sondern weil eine Aenderung vielseitig gewünscht wird, sei auch ohne Erwägung der verschiedenen Umstände hier und in den andern Kantonen. Es ist kein Vorrecht und ist kein Vorzug an der Regierung theilzunehmen; worauf es ankommt, ist dies, daß die Gesammtheit die passenden Leute finden könne, seien nun deren viele oder wenige. Und zweitens müssen die Mitglieder von ihrer Stellung unabhängig sein, es darf sie jeden Tag bereit sein ihr Mandat zu schwören. Drittens aber habe man sich daß das Interesse der Gesammtheit an den öffentlichen Angelegenheiten nicht gehindert werde dadurch daß man einige wenige alles machen läßt. Von diesen Anschauungen und von der Rücksicht auf die Geschäfte ausgehend, schlägt der Sprechende 9 Mitglieder vor, die einen mit Besoldungen wie die Gerichtsbeamten, die minder Beschäftigten mit kleinen Entschädigungen. Die nähere Einrichtung möge dem Gesetz vorbehalten bleiben, damit man je nach den Erfahrungen wieder ändern könne. Schätze man nicht von vorne herein die aus welche für über einen Theil ihrer Zeit verfügen können, aber nicht ihre ganze Thätigkeit dem Staat widmen wollen oder können! Basel ist geworden was es ist durch die Freiwilligkeit im Leisten wie im Geben. Diesen Sinn sollte man nicht ausrotten, sondern vielmehr von oben herab pflanzen und pflegen. Die Einrichtungen sind Nebensache, es kommt hauptsächlich auf die Personen an. Damit man aber die rechten Personen bekomme, muß man die Einrichtungen gut machen.

Abb. 4: Das Votum von Bürgermeister Carl Felix Burckhardt aus dem Protokoll der Verfassungskommission von 1875

gigkeit der Kirche tritt der Protestantisch-kirchliche Hilfsverein ein, eine kirchliche Vereinigung also, die, in Ermangelung einer politischen Organisation, ein wesentliches Anliegen der Konservativen zur Sprache bringt.[79] Nur eine Einzelpetition enthält eine politische Forderung: Adolf Burckhardt wünscht eine Verstärkung der Kompetenzen des Grossen Rats. Seine Eingabe ist interessant, weil in der Begründung seines Anliegens nochmals einige Aspekte des konservativen Denkens der vergangenen Jahrzehnte sichtbar werden: Die Beteiligung an der öffentlichen Verwaltung sei nicht so sehr ein Recht, als vielmehr eine Pflicht, die jedem Staatsbürger obliege. «Die Regierung steht bei uns nicht ausserhalb oder über der Bevölkerung. Es ist nicht eine abgegrenzte Klasse von Leuten, welche angestellt und besoldet sind, sondern die eigentliche republikanische Selbstregierung der Bürgerschaft von innen heraus.»[80] Das Parlament ist nach dieser Auffassung eine nach dem Grundsatz aristokratischer Auslese zusammengesetzte Gesellschaft der Besten: «Die Legislative kann es verhindern, dass der Schwerpunkt des Entscheides ... in die Hände der Massen und der politischen Vereine, resp. deren Führer gelegt wird.» Daher sollen ihr, also dem Grossen Rat, möglichst viele Kompetenzen, die Wahl des Ständerates und der Regierung, überlassen werden. Adolf Burckhardt, der Verfasser dieser Eingabe, ist Mitglied des Grossen Rates und Präsident der Vereinigung der konservativen Grossräte, des Safranvereins. Er tritt in dieser Eigenschaft aber nicht hervor, so wie er sich auch später nicht an der Organisation der Wahlen engagiert.

Die ASZ hatte ihre Stellung zur Revision schon zu Beginn des Jahres festgelegt: Von Opposition war nicht die Rede, hingegen sollte eine Prüfung des konservativen Standpunktes vorgenommen werden: «Es ist nicht die Verfassung, welche das künftige Schicksal unseres Gemeinwesens bestimmt, sondern der Sinn und Geist, in welchem die Regierung geführt und die Gesetzgebung geübt wird.» Die Haltung starrer Reaktion müsse vermieden werden: «Es handelt sich für den wahren Conservativen darum ... auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse Widerstand zu leisten, wo der Fortschrittseifer der naturgemässen Entfaltung der Dinge vorgreifen will,» so zeichnet Joneli mit Festigkeit und Ernst die neue Aufgabe.[81] Über diese theoretischen Erwägungen hinweg galt es jetzt aber, den Kampf aufzunehmen, dh. die Wahlen in den neuen Grossen Rat zu bestehen. Darüber, dass man sich daran beteiligen wollte, scheint nie ein Zweifel geherrscht zu haben, obwohl man sich bewusst war, einer sicheren Niederlage entgegenzugehen. Über die Gedanken, die man sich in dieser Situation machte, und die nicht eines gewissen Pathos entbehren, sind wir durch einige private Äusserungen unterrichtet: «Ehrenvoll» wird die erwartete Niederlage, «wenn wir bemüht gewesen, möglichst viele Wähler an der Aufstellung der Vorschläge zu beteiligen.»[82] Ferner scheint dieses wichtig: «.. dass nicht Teilnahmslosigkeit gegenüber dem Gang der öffentlichen Angelegenheiten an die Stelle des bis dahin bei uns so regen Gemeinsinns treten und somit das verloren gehe, was Basel blühend und glücklich gemacht hat.»[83] Dieser Appell an den «Gemeinsinn» darf nicht als Phrase aufgefasst werden, denn er wurde ausgesprochen von einem Mann, der aus der Sicht historischer Erkenntnis

sprach: Wilhelm Vischer, der eine quellenkritische Studie zur Geschichte der Waldstätte verfasst hatte und der erst vor kurzem zum Ordinarius für Schweizer Geschichte ernannt worden war. Die politische Tätigkeit, die er in den folgenden Jahren bis zur Erschöpfung seiner Kräfte ausübte, entsprach dem Wesen dieses im wahrsten Sinn des Wortes edlen Menschen in keiner Weise, er übte sie aus als eine Pflicht, zu der ihn seine Überzeugung drängte: das Festhalten am Ideal des aus der Vergangenheit gewonnenen Bildes des republikanischen Föderativstaates, der Vereinigung der «freien Volkskörper». Rationale Durchgestaltung, wie sie der Freisinn anstrebte, wurde von ihm in jeder Erscheinungsform abgelehnt. Diese retrospektive Auffassung, die sich in kein «Programm» umsetzen liess, wurde nur von wenigen Freunden, zu denen Andreas Heusler zählte, geteilt. Es war diesem Kreis bewusst, dass sich auf diese Art nicht im üblichen Sinn Politik machen liess. Zum Mangel an zukunftsweisenden Richtlinien trat das Fehlen von Gliederung und Organisation – auch darüber war man sich klar.[84] Dennoch gaben die Konservativen nicht auf und schickten sich an, die Wahlen so gut wie möglich vorzubereiten.

b) Die Organisation der Wahlen

Die Wahlen von 1875 erheischten ein anderes Vorgehen als das bisher geübte. Durch den Wegfall der Zunftwahlen, und weil die Behörde in ihrer Gesamtheit und nicht wie bisher nur zur Hälfte zu erneuern war, bekam das Wahlgeschäft einen allgemeineren Charakter, es kam jetzt darauf an, die Wähler aus den Quartieren zu gewinnen. Die einzige Gruppierung (ausser den kirchlichen Vereinen), die den Konservativen zur Verfügung stand, war der Safranverein, die lockere Verbindung der «nicht freisinnigen Grossräte».[85] Sein Präsident, Adolf Burckhardt, hatte schon bei seiner Petition auf die Mitwirkung seiner Ratskollegen verzichtet, und auch jetzt schien er nicht gesonnen, den Safranverein gesamthaft als treibende Kraft für die Wahlen zu engagieren. Von der Spitze der alten Honoratiorengruppe zur Basis der Wähler bestand noch ein weiter Abstand, der jetzt allerdings verringert werden musste.

Eines der fortschrittlicheren Mitglieder des Safranvereins, der Notar Karl Wieland, entwarf einen Organisationsplan, der von den Safranmännern beraten und zur Durchführung empfohlen wurde:[86] Das Safrankomitee ernannte für jedes Quartier einen oder mehrere Delegierte, die sich ihrerseits zu einem Quartierkomitee erweiterten. Von diesen wurden die Wahlvorschläge zusammengestellt und einem neuen Gremium, der Gesamtheit aller Quartierdelegierten, vorgelegt. In diesem Kreis wurden die Vorschläge bereinigt und dann wieder in die Quartiere zurückgeschickt, wo sie in allgemeinen Versammlungen besprochen wurden. Hier erst hatten die Wähler Gelegenheit, direkt Stellung zu beziehen durch das Streichen oder Hinzufügen von Namen. Nach der Ernennung der Delegierten für die Quartiere trat das Safrankomitee zurück und überbürdete die Verantwortung für den weiteren Verlauf, die Besprechung in den Quartierausschüssen, die Motivierung der Wähler, die «Propaganda» wiederum dem Mann,

Abb. 5: Wilhelm Bischoff, 1878–1905 Regierungsrat

für den «Gemeinsinn» kein leeres Wort war, sondern die Verpflichtung zum Dienst am Ganzen in sich schloss, Wilhelm Vischer.[87)]

Das Schwergewicht des Wählens war somit vom Parlament abgerückt und hatte sich in die Quartiere verlagert. Dort mussten nun mit «Delegierten», Komitees und Versammlungen Instanzen geschaffen werden, die die Wähler direkt ansprachen. Es war eine neue Form politischer Willensbildung entstanden, die nicht widerspruchslos akzeptiert wurde. Der Vorwurf, dass die Kräfte zersplittert würden, dass «der Kampf den Parteien in den Quartieren überlassen und das ganze Manœuvre nicht einheitlich geleitet wird», liess sich vernehmen.[88)]

Trotz solcher Bedenken wurde das neue Verfahren aber durchgeführt. Das Protokoll von vier Sitzungen der Quartierdelegierten, die unter dem Vorsitz von Wilhelm Vischer zusammentraten,[89)] zeigt, dass man bestrebt war, den Verschiedenheiten der Quartiere Rechnung zu tragen. Die erste Aussprache ergab, dass Alban, Aeschen, St. Johann und Kleinbasel mit dem gemeinsamen Vorgehen einverstanden waren, während die Quartiere Stadt und Steinen ihre eigenen Wege gehen, bzw. sich der «Organisation» nicht anschliessen wollten. Es wurden dort keine Versammlungen der Wähler durchgeführt. Am ausgeprägtesten erscheint der «Quartierpartikularismus» im Kleinbasel; dort gab es eine eigene «leitende Kommission», die mit einigen «Vertrauensmännern» die Vorbereitung der Wahlen an die Hand nahm. Der Delegierte, Oberst

Trueb, erklärte, es hätten nur Leute Aussicht auf Erfolg, die «geborene Kleinbasler seien, oder... im Kleinbasel grössere Geschäfte hätten».[90] Die Wirkung der Quartierversammlungen auf die Zusammenstellung der Kandidaten war verhältnismässig gering. Zu Alban wurde die Zahl der dreizehn vom Komitee Vorgeschlagenen durch die Versammlung auf neunzehn erweitert und in geheimer Abstimmung wieder auf dreizehn beschränkt. Die auffallendste Episode dürfte gewesen sein, dass der ehemalige Bürgermeister J.J. Stehlin gestrichen wurde. Die Aeschenversammlung liess zwei Kandidaten fallen, die dafür von den «Vereinigten Liberalen», also der Mittelpartei, aufgestellt und gewählt wurden, während die beiden an deren Stelle Aufgenommenen nicht aus der Wahl hervorgingen. Auch das Spalenquartier ernannte vier neue Persönlichkeiten. Steinen, das keine Versammlung abhielt, übernahm die Liste des Komitees.[91]

Die auf diese Art zusammengestellten Listen wurden unter der Bezeichnung «Liberaler Wahlvorschlag» in der ASZ veröffentlicht.[92] Dass der Ausdruck «konservativ» vermieden wurde, zeigt, dass man wohl wusste, wo die eigentliche Schwäche lag – im Fehlen der zukunftsweisenden Ideen. Auch die Mittelpartei, die sich «Vereinigte Liberale» nannte und in den Basler Nachrichten und der Grenzpost inserierte, führte Quartierversammlungen durch und hatte ein Wahlkomitee. Die Grenzen zwischen ihr und den Konservativen waren fliessend; etwa die Hälfte der Namen ist auf beiden Listen zu finden. J.R. Geigy, der Herausgeber der Grenzpost, ist auch Vertrauensmann der Konservativen. Er beteiligt sich an der Zusammenstellung der Listen und wird als Delegierter für das Aeschenquartier genannt.[93] Die Nuance, durch die sich die «Vereinigten Liberalen» von der konservativen Safrangruppe unterscheiden, liegt in der verschiedenen Bedeutung, die dem Begriff des «Fortschritts» unterstellt wird; wie C.F. Burckhardt in seinem Aufruf erklärt, ist es «den Vertretern des ächten Konservativismus» mehr um «das Festhalten als um das Fortschreiten» zu tun, während die Liberalen ein «Wirken im Sinn eines entschiedenen Fortschritts» versprechen und die «Berücksichtigung der Vertretung des Arbeiterstandes» ankündigen. In dieser letzten Formulierung darf man gewiss den Einfluss liberaler Unternehmer wie J.R. Geigy und Alfons Koechlin, die den Kurs des Juste-Milieus fortsetzen, sehen.

Die Wahlen von 1875 brachten also eine wesentlich stärkere Beteiligung der einzelnen Wähler. Nachdem die Entscheidungen gefallen waren, lösten sich die Quartierorganisationen aber wieder auf, nur der ursprüngliche Kern, der Safranverein, blieb bestehen. An ihm blieb nun die wenig dankbare Aufgabe, die Kosten zu bestreiten, hängen. Fritz Burckhardt, der die Kasse verwaltete, bat Ende Juni die Mitglieder, durch «freiwillige Beiträge» die entstandenen Auslagen decken zu helfen und «dem Vorstand zu seiner weiteren Tätigkeit Geldmittel zur Verfügung zu stellen».[94] Das Prinzip der Freiwilligkeit blieb also weiterhin gültig, und man fuhr nicht schlecht damit.

Es war gelungen, etwa dreissig Altkonservative ins neue Parlament zu bringen, unter denen sich eine zahlenmässig zwar kleine, aber persönlich umso gewichtigere Vertretung des alten Regimentes befand: C.F. Burckhardt, Karl Sarasin, Adolf Christ. Mit

den Liberalen: Alfons Koechlin, Rudolf Paravicini, Karl Stehlin, J.R. Geigy sowie einigen Gliedern der jüngeren Generation: Paul Speiser, Wilhelm Vischer, Andreas Heusler II, bildeten diese Abgeordneten die Gewähr für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Arbeit des kantonalen Parlamentes.

2. Kapitel
Die Gruppierung in Vereine bis 1905

a) Safranverein und Eidgenössischer Verein

War es 1875 der aus den Grossräten bestehende Safranverein gewesen, der die Wahlen geleitet und damit gewissermassen die Spitze der Partei gebildet hatte, so änderte sich dies in den folgenden Jahren. Die angebahnte Entwicklung wurde gestört durch die im Augenblick des Umbruchs erfolgte Gründung des EV. Der «Herrenverein» nahm nun unter der Leitung seines Präsidenten, des zurückgetretenen Bürgermeisters C.F. Burckhardt, während der nächsten Jahre, über den Safranverein hinweg, die Führung an sich. Innerhalb der konservativen Politik bedeutete dies eine Schwächung der fortschrittlicheren, der liberalen Richtung und zugleich eine Einbusse an Volkstümlichkeit. Obwohl der EV sich vornehmer Zurückhaltung befleissigte, wollte und konnte er aber doch nicht ganz verzichten auf die von Safran 1875 erstmals erprobte Organisationsform. Um sich die Mitwirkung der Wähler zu sichern, musste er die Verbindung mit den Quartieren knüpfen. So trat denn ein «erweitertes Wahlcomité» – 1878 waren es je vier Vertreter aus fünf Quartieren und 1881 je zwei aus sieben Quartieren – mehrmals mit dem Vorstand des EV zusammen, um Kandidaten zu ernennen. Nach Abschluss des Wahlgeschäfts löste es sich wieder auf.[95] Nur gerade für die Wahlen also begab sich der EV in die Niederungen der Tagespolitik. Dass etwa die Hälfte der Namen auf beiden Listen dieselben waren, schien ebenso wenig zu stören wie die Tatsache, dass auch das Programm der beiden – EV und Safran – als das gleiche bezeichnet wurde.[96] Unter der zügigen und gewandten Leitung C.F. Burckhardts arbeitete der EV aber in diesen Jahren effizienter als der locker gegliederte und daher schwerfälligere Safranverein.[97]

Im Frühjahr 1881, unmittelbar vor der endgültigen Niederlage der Konservativen, stand der EV auf dem Höhepunkt seiner Wirksamkeit in Basel: er ist der einzige Mittelpunkt der konservativen Politik. In einer grossen öffentlichen Versammlung, die auf seine Veranlassung einberufen war, skizzierten mehrere Redner ihren Standpunkt:[98] Paul Speiser verteidigte die Staatsverwaltung und nannte die nächsten Ziele, die anzusteuern seien: Proportionalwahl des Grossen Rats, Krankenversicherung, gewerblicher Unterricht. Eduard Preiswerk sprach über die Finanzlage und wies auf die hohe Progression der Vermögenssteuer in Basel hin. Über das Verhältnis zu den andern Parteien äusserten sich Rudolf Iselin und C.F. Burckhardt; dieser, indem er das Einstehen für die Katholiken als ein ehrliches Anliegen der Konservativen rechtfertigte, und je-

ner mit dem Versuch einer Abgrenzung der eigenen Politik gegen diejenige der Radikalen.

Der Misserfolg dieser ersten in grösserem Stil geführten Wahlkampagne wurde Anlass zu einer gründlichen Aussprache innerhalb des EV.[99] Als Ursache für die Niederlage erkannte man wohl mit Recht den mangelnden Kontakt mit dem Volk. Daran schien auch die ASZ ihren Teil zu haben, erneut wurde die Forderung laut nach einer populäreren Gestaltung der Zeitung. Aber wie schon bei früheren Diskussionen vermochte diese Meinung sich nicht durchzusetzen. Es blieb dabei, «dass unsere Presse sich nicht zum Witz- und Klatschblatt herunterlassen, dass auch das Wirtshausleben uns ein fremdes Feld sei und bleiben werde».

b) Quartiervereine

Über die Entstehung der Quartiervereine gibt es nur spärliche und zufällige Belege. Aber man kann sagen, dass ihre Wirksamkeit, die im Keim längst vorhanden war, sich nach 1881 zu entfalten begann, noch während der EV vor «Volkstümlichkeit» zurückschreckte und das Verharren im alten Stil predigte. Ohne dass es im einzelnen zu beweisen wäre, scheint es, dass die Bildung der kirchlichen Gemeindevereine zu Beginn der 1880er Jahre (im Zusammenhang mit dem Basler «Kulturkampf») diejenige der politischen Quartiervereine beschleunigt hat. Selbstverständlich stand diese Vereinsbildung auch im Zusammenhang mit dem raschen Wachstum der Stadt in jenen Jahren. Aus der Sicht der Parteigeschichte ist es interessant zu sehen, wie der Zusammenschluss im Bereich des kirchlichen Lebens demjenigen des politischen vorausging und ihn begünstigt hat.

Die Bezeichnung «Partei» hat auch jetzt noch für viele einen üblen, ja geradezu anrüchigen Klang. Um «einem einseitigen Parteitreiben die Spitze abzubrechen», bildet sich 1883 der Quartierverein St. Johann[100], und die «Einwohner aller Stände, welche eine ruhige Entwicklung des politischen Lebens wünschen und einem einseitigen Parteitreiben abhold sind», werden vom Spalen/Stadtverein zur Mitarbeit aufgefordert.[101] Das Bewusstsein, einem Ganzen anzugehören, einer ursprünglichen Ordnung, in die andere mit ihrem «einseitigen Treiben» als Störenfriede eingedrungen sind, drängt die alteingesessene Bevölkerung dazu, sich ihrerseits zu organisieren. Dies geschieht aber widerstrebend, aus einer Haltung der Abwehr oder Negation, nicht um eines positiven Zieles willen. Wir dürfen annehmen, dass diese Vereine zahlenmässig sehr klein waren, denn einige von ihnen schlossen sich zusammen. So gibt es neben Spalen/Stadt eine Vereinigung der Quartiere Aeschen/Steinen, deren Präsident Robert Grüninger war.[102] Während im St. Johannquartier gelegentlich eine Aussprache über Fragen des Verkehrs und der baulichen Gestaltung stattfindet,[103] lässt sich in den andern Quartieren ausser dem Zusammenstellen der Listen vor den Wahlen kaum eine politische Tätigkeit nachweisen. Und doch waren es führende Konservative, die in manchen Fällen sehr lange den Vorsitz eines Quartiervereins innehatten: Eduard Kern zu St. Johann, Emil Bischoff im Stadtquartier.[104]

Eine Sonderstellung nahm der Quartierverein Alban ein; er hatte das grösste Gewicht, denn während rund drei Jahrzehnten war es so, dass alle von ihm aufgestellten Kandidaten in den Grossen Rat gewählt wurden. So entsteht der Eindruck, dass sich in diesem Quartier das eigentliche politische Leben der Konservativen abgespielt habe und dass die übrigen «Provinz» waren. Tatsächlich wurden hier alle Fragen des öffentlichen Lebens von Sachverständigen abgehandelt und in allgemeinen Aussprachen weiter diskutiert: Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Finanzfragen, Proporz. In den 1890er Jahren, zur Zeit des gelegentlichen Zusammengehens mit der Arbeiterpartei, versäumte man nicht, auch auf der «Breite» Versammlungen durchzuführen.[105)]

Recht lebendig ist das politische Interesse auch im Kleinbasel. Ein «Konservativer Quartierverein Kleinbasel», gegründet im November 1883, teilt sich später in drei Bezirke: Bläsi, Horburg und Riehen. Durch den Evangelischen Arbeiterverein erhielt diese Gruppe in den 1890er Jahren einen neuen Impuls, der zwar kaum eine zahlenmässige Verstärkung brachte, aber mit der Hinwendung zu den sozialen Fragen neue Möglichkeiten der Betätigung eröffnete.[106)]

c) Die Bedeutung der Feste: Gegensatz der Quartiervereine zum Eidgenössischen Verein

Wie steht es nun mit dem Verhältnis der einzelnen Gruppen untereinander? Gemeinsame Veranstaltungen aller Quartiervereine sind vor 1905 selten. Nur ausnahmsweise werden politische Fragen in diesem grösseren Kreis besprochen.[107)] Hingegen sind es patriotische Gedenktage wie der Erste August oder das St. Jakobsfest, die die Konservativen aus der ganzen Stadt zusammenführen. So wird der St. Jakobstag 1884 mit einer Abendunterhaltung «aller konservativen Quartiervereine» gefeiert: in lebenden Bildern stellt man das Thema «Rufst du mein Vaterland» dar. Der Historiker Albert Burckhardt-Finsler, der sich zwölf Jahre später in einer berühmt gewordenen Rede beim Anlass der Bundesfeier zum Freisinn bekannte, führte, wohl als Präsident des Albanvereins, den Vorsitz. «Unsere Partei fühlt sich als eine grosse Familie», so kennzeichnet einer der Teilnehmer die Stimmung dieses Abends. Eine ähnliche Gelegenheit bot das fünfzigjährige Jubiläum der Bundesverfassung, das von den Quartiervereinen und dem Evangelischen Arbeiterverein anfangs Dezember 1898 gemeinsam begangen wurde.[108)]

Neben historischen Anlässen, die in jener Zeit aufwendig und farbenprächtig gefeiert wurden, setzte sich auch die Tradition der Schützenfeste fort. Das Zusammensein der Bürgerschaft, die sich in Vereine gliederte, mit den Spitzen der Behörden der Stadt und den Gästen aus der übrigen Schweiz, erzeugte, zusammen mit Erinnerungen an die Vergangenheit, ein Klima, das nicht nur aus Festfreude bestand: es war jeweils eine politische Stimmung, die ein solches Fest beherrschte.

So wurde das eidgenössische Schützenfest, das 1879 seit Jahrzehnten wieder in Basel stattfand, von Regierungsrat Paul Speiser in einem «Toast auf das Vaterland» als ein

«Fest der Versöhnung und der Freundschaft» bezeichnet. In der volkstümlichen Ambiance der Feierlichkeiten, zu denen drei Bundesräte als Gäste eingeladen waren und wo Redner aus der ganzen Schweiz die guten Beziehungen rühmten, durften keine bösen Worte gegen das gemeinsame Vaterland fallen. Freisinnige und konservative Politiker teilten sich in die organisatorischen Aufgaben und das Patronat. Als Redner begegnen wir auch Eduard Hagenbach, der die historische Stellung Basels innerhalb der Eidgenossenschaft hervorhebt: es ist die Rolle des Vermittlers.[109)]

Das soziale Leben erscheint bei diesen Anlässen, an denen Tausende zusammenströmten, beinahe als Idylle; in der Pflege der Gemeinschaft und der Tradition sah sich das Bürgertum hier selbst bestätigt. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit fand seinen Ausdruck im Leben der Vereine, die sich frei entfalten konnten. Unter den politischen waren es die Quartiervereine, die durch die Feste gestärkt und gefördert wurden. Der EV blieb abseits – trotz der Anwesenheit der im Amt stehenden Honoratioren konnte und wollte der «Herrenverein» die Wendung ins Volkstümliche nicht mitmachen. Und doch konnte der EV die Existenz der neuen Gruppierungen und deren Bedeutung für das politische Leben nicht ganz übersehen. So wird vor den Wahlen von 1884 im Vorstand des EV die Möglichkeit erwogen, ob man, «da nun für alle Quartiere Quartiervereine bestehen,... diesen die Vorbereitungen zu den Grossrats-Wahlen ganz überlassen» könne. Man einigt sich auf das bisher geübte Vorgehen: Aufstellen von Listen «unter Zuziehung eines weiteren Comités und jedenfalls in engster Verständigung mit den Quartiervereinen».[110)] Wenn der EV in dieser Art versucht, seinen Einfluss auf die lokale Politik zu wahren, so ist dagegen für den Safranverein der Augenblick gekommen, auf eine eigene Beteiligung an den Wahlen zu verzichten.[111)] Dem immer stärker zum Ausdruck kommenden Selbstbewusstsein der Stimmbürger hält die alte Honoratiorengruppe nicht mehr stand.

Dafür treten die Quartiervereine profilierter hervor: Spalen/Stadt, Alban, St. Johann und Kleinbasel stellen 1884 erstmals eigene Listen auf. Sie tun es allerdings gewissermassen noch gedeckt durch den EV, der die meisten ihrer Namen auch portiert und schliessen sich mit ihm für die Nachwahlen zusammen. Doch war es Kleinbasel, das mit dem EV kaum etwas zu tun hatte, das den Vorschlag brachte, die gemeinsame Liste unter der Bezeichnung «Liberal-konservative Partei» erscheinen zu lassen.[112)] Die Forderung nach der Vereinigung wird – unter Hinweis auf die viel bessere Wahldisziplin der Gegner – von der ASZ nach allen Wahlen wiederholt.[113)] Der EV hingegen rühmt die gute Zusammenarbeit und sieht darin günstige Aussichten für die Zukunft, doch denkt niemand daran, den bestehenden Zustand der Freiheit und somit der Zersplitterung zu ändern. Wenn nun seit der Mitte der 1880er Jahre die Vorbereitung der Grossratswahlen immer mehr in die Hand der Quartiervereine übergeht, so bleibt dem EV der Bereich der eidgenössischen Politik, die Wahlen in die Bundesversammlung. Hier vermag er seinen Einfluss etwas länger auszuüben. Über das Verhältnis der Quartiervereine zum vornehmen Eidgenössischen Verein können wir zwei Episoden anführen, die wohl charakteristisch sind: Als neue Gründungen verfügten die Quartiervereine

offenbar nicht über grosse Mittel und waren froh, sich an die ältere Organisation anlehnen zu können. So hofft St. Johann auf Unterstützung bei den Wahlen: «Es wäre uns nicht unlieb, wenn der EV die Publikations- und andere Kosten (sc. der Listen und Propagandazettel) ganz übernähme und wir nehmen an, dass auch die Leute zur Verteilung der Vorschläge in den Wahllokalen vom EV gestellt werden».[114)]

Zu einem Streit zwischen dem EV und einem Quartierverein kommt es zu Alban bei den Nachwahlen von 1885. Einige Wähler nahmen es dem EV übel, dass er mit eigenen Vorschlägen aufgerückt war. Empört über dieses Vorgehen erklärte Theophil Vischer seinen Rücktritt aus dem EV.[115)] Dieser wurde also nicht nur als der übergeordnete «Herrenverein» betrachtet, sondern gelegentlich als Eindringling, der die Interessen der Wählerschaft des Quartiers angetastet hatte.

Dass die Tätigkeit des EV in den Quartieren oft nicht verstanden wurde, zeigen die Worte, die der Präsident nach den Wahlen von 1884 an die Mitglieder richtete. Er versuchte, sie von der Notwendigkeit der von ihm vertretenen Politik zu überzeugen, der EV sei «der gegebene Mittelpunkt für alle Bestrebungen, in unserem weiteren und engeren Vaterland wieder gesunde politische Verhältnisse herbeizuführen». Die Quartiervereine werden aufgefordert, ihre ablehnende Haltung aufzugeben und sich dem EV anzuschliessen: «Wir geben ihre (dh. der QV) Berechtigung zu, aber sie können nur etwas leisten, wenn sie nicht in eidgenössischen Dingen den Kopf in den Sand stekken, sondern vertrauensvoll den EV unterstützen.»[116)] Wie vor zehn Jahren war es auch jetzt die Stellung zur eidgenössischen Politik, was vielen konservativ Gesinnten das Mitgehen im EV unmöglich machte. Wilhelm Vischer verharrte noch immer in einer bedingungslosen Ablehnung gegen alles, was vom Bund kam und urteilte mit harten Worten über die Arbeit der Bundesversammlung. Es ist denkwürdig, dass das Ende dieser politischen Richtung, der ohnehin keine Zukunft beschieden war, beschleunigt wurde durch den frühen Hinschied Vischers. Sein Tod hinterliess im EV eine Lücke, die nicht ausgefüllt werden konnte. Wohl übernahm nun Andreas Heusler das Präsidium, doch geschah das offenbar mit wenig Freude, auch von seiten seiner Wähler.[117)] Nicht nur die Zeit der eidgenössischen Referenden war vorbei, auch in der lokalen Politik hat der EV, obwohl er dem Namen nach noch bis 1905 bestand, keinen Einfluss mehr ausgeübt.

d) Der Durchbruch der Quartiervereine

Bei den Grossratswahlen von 1887 und 1890 tritt der EV zwar noch mit eigenen Listen auf, schliesst sich aber 1895 den «Vereinigten Quartiervereinen» an und bleibt endlich ganz weg.[118)] In diesen Jahren erstarken die Quartiervereine: Nachdem sie 1884 nur vereinzelt Vorschläge aufgestellt haben, treten sie drei Jahre später zum ersten Mal als «Vereinigte Quartiervereine» allein hervor.[119)] Die Aufstellung der Grossratskandidaten ist nun ganz in ihre Kompetenz übergegangen.

Auch bei den eidgenössischen Wahlen lässt sich das Abnehmen und schliessliche Erlöschen des Einflusses des EV verfolgen: Bei der Nationalratskandidatur von Emil Bi-

schoff im Herbst 1893 unterzeichnen die «Vertreter der konservativen Vereine», und der Wahlaufruf ist verfasst von den «Delegierten der Vereinigten Quartiervereine und der ganzen konservativen Partei» – zum ersten Mal ist bei einer eidgenössischen Wahl der EV nicht beteiligt.[120] Bei der Aufstellung der Wahlvorschläge lässt sich nun eine Scheidung erkennen: Im eidgenössischen Bereich sind es die «Delegierten der konservativen Partei», und auf dem kantonalen Gebiet die «Delegierten der Quartiervereine», die die Wähler ansprechen. Unmittelbar vor den Entscheidungen treten sie gemeinsam auf. Die Möglichkeit einer eigenen Stellungnahme wird dem einzelnen durchaus gelassen, doch wird davon bei eidgenössischen Wahlen kaum Gebrauch gemacht – die vorgeschlagenen Kandidaten werden angenommen, doch sind die Wähler nicht immer einverstanden mit Abmachungen, die mit den Gegenparteien getroffen wurden.[121]

So sind es in den letzten Jahren des Jahrhunderts die Quartiervereine, die das Gesicht der konservativen Politik in Basel bestimmen. Ihre Wirksamkeit konnte sich beträchtlich erweitern, als die Verfassung von 1890 die Wahl des Regierungsrates durch das Volk vorschrieb. An der Aufstellung von Karl Stehlin, 1890, war der EV noch beteiligt, drei Jahre später ist es ebenfalls eine «Delegiertenversammlung», die den Regierungskandidaten aufstellt: Isaak Iselin.[122] Das gemeinsame Einstehen für diesen Kandidaten, der nach hartem Kampf im dritten Wahlgang erfolgreich war, gab einen starken Impuls. Als im selben Jahr mit Emil Bischoff die Eroberung eines Nationalratssitzes gelang, war die Freude gross. In einer geselligen Zusammenkunft liess man die «Konservative Partei» leben, sprach von der Notwendigkeit vermehrter Zusammenarbeit und stärkerem Zusammenschluss.[123] Die Verdienste an den Erfolgen dieses Jahres wurden dabei nicht dem EV, aber auch nicht den Quartiervereinen, sondern der Zeitung und ihrem Redaktor zugeschrieben. So ist es der ASZ gelungen, sich von der Verbindung mit dem EV, als dessen Organ sie früher gegolten hatte, zu lösen und dem Niedergang zu entgehen, indem sie sich den Quartiervereinen zuwandte. Dadurch hatte sie eine Position gewonnen, die sie als Sammelpunkt der konservativen Bestrebungen erscheinen lässt. Sie erfüllte damit vor der formellen Parteigründung eine wichtige Funktion, denn entgegen allen Versicherungen und ausgesprochenen Wünschen blieb die lockere Verbindung der Vereine untereinander bestehen. Es sollte noch mehr als ein Jahrzehnt verfliessen, bis unmittelbar vor der Einführung des Proporz durch die Fusion der verschiedenen Gruppen die Liberale Partei gegründet wurde.

3. Kapitel
Politische Anregungen anlässlich der Verfassungsrevision von 1890

Das Kräfteverhältnis zwischen Konservativen und Freisinnigen blieb sich bis zu Beginn der 90er Jahre mit geringen Schwankungen etwa gleich. Rund zehn Jahre nach dem Umschwung von 1875 kam, angeregt durch die Freisinnigen, das Gespräch über

die kantonale Verfassung wieder in Gang.[124] Dabei trat der alte Gegensatz, der sich seit dem Abflauen des Kulturkampfs etwas ausgeglichen hatte, in erneuter Schärfe hervor: In der Revisionsforderung sahen die Konservativen einen neuen Versuch des Freisinns, die Staatsgewalt auszudehnen und mit populären Massnahmen die Gunst der Menge zu gewinnen. In der Abwehr gegen dieses Vorgehen trat der EV noch einmal auf den Plan: Andreas Heusler machte auf die beiden wichtigsten Punkte der Revision, die es zu bekämpfen galt, aufmerksam: die Volkswahl des Regierungsrats und die Bestimmung, die dem Staat erweiterte sozialpolitische Befugnisse einräumen wollte.[125] Die Revisionsforderung, die das Gefüge des Staatswesens erneut in Frage stellte, beschäftigte die Konservativen stark, und sie nahmen die Gelegenheit wahr, sich einerseits auf ihre grundsätzliche Position zu besinnen – das tat vor allem Heusler –; andrerseits aber unterbreiteten sie auch einige konstruktive Vorschläge.

a) Andreas Heuslers Kritik am Vorschlag: Wahl des Regierungsrates durch das Volk

Noch einmal sah sich Andreas Heusler veranlasst, die Forderung nach der Erweiterung eines Volksrechtes zu kritisieren. Er tat es als echter «Aristokrat» in der Überzeugung, dass für die Lenkung auch des republikanischen Staates eine Auslese getroffen werden müsse. Das Verhältnis der Regierenden zu den Regierten sei auch in der Republik ein Problem des Verhältnisses: zwischen die beiden hat als Regulativ das Parlament zu treten. Die Republik könne nur gedeihen, wenn Regierung, Parlament und Volk im richtigen Verhältnis zueinander stehen, d.h. wenn das Parlament eine vermittelnde Funktion ausübt. Dies sei gewährleistet durch das bisherige System, wo der Grosse Rat die Regierung wählt. Es wäre falsch zu glauben, dass man durch die Einräumung dieses Rechtes an das Volk dessen Stellung verbessere. Im Gegenteil, dadurch würde der Regierung eine Autorität verliehen, die sie der Kontrolle durch das Parlament entziehen würde. Ein Staatswesen dieser Art habe mehr Ähnlichkeit mit einer absoluten Monarchie als mit einer konstitutionellen oder einer Republik. Weil im Parlament die Auslese bereits getroffen ist, sei die Gewähr einer scharfen Prüfung der Kandidaten für das Regierungsamt geschaffen. Verzichte man auf diese ausgleichende Instanz, so werde die Auswahl der Tauglichen völlig den «rücksichtslosen Wahlkomitees», d.h. den Parteien überlassen, und das Volk sei jeder Möglichkeit beraubt, in die Verwaltung Einblick zu gewinnen.

Wir erinnern uns, dass Adolf Burckhardt 1875 in ähnlicher Weise für die Bewahrung der Kompetenzen des Grossen Rates eingestanden war – ganz besonders aber erkennen wir in den Äusserungen des Konservativen von 1890 das Erbe der Generation aus der Zeit der Bundesgründung, Heuslers Vater, der sich selbst als einen «aristokratischen Demokraten» bezeichnet hatte. Die Bedenken gegen die Volkswahl des Regierungsrates fanden im EV, wo sie geäussert wurden, allgemeine Zustimmung, so dass die Bekämpfung der Verfassungsrevision beschlossen wurde. Die Quartiervereine schlossen sich an: ihre Meinungsäusserung spiegelt diejenige des EV wider.[126] In bei-

den Gremien kam man aber überein, auf eine Agitation, etwa die Veranstaltung einer Volksversammlung, zu verzichten. Dabei mag die Erkenntnis der Unpopularität und Schwäche der eigenen Position massgebend gewesen sein.

Nachdem sich, wie zu erwarten gewesen, die Volksabstimmung für die Neuerung entschieden hatte, erklärte die ASZ, die 1600 Neinsager könnten als «der eiserne Bestand bezeichnet werden, der in allen wesentlichen Fragen spontan der Fahne des EV folgen wird».[127] – Ausser ihren Voten im Grossen Rat und in den Vereinen stand den Konservativen aber immer noch das Mittel der Eingaben an die Regierung, bzw. an die Verfassungskommission zur Verfügung. Fünf der 22 Eingaben an die Kommission, in der sie schlechter vertreten waren als 1875, sind von Konservativen verfasst.[128] Sie bringen Themen zur Sprache, die nicht zu den gewöhnlichen politischen Tagesfragen gehörten und deshalb auch wenig in der Öffentlichkeit diskutiert wurden. Sie sind zum Teil aber doch charakteristisch (oder kurios) für den damaligen geistigen Standpunkt der konservativen Politik und sollen deshalb kurz erörtert werden.

b) Vereinigung mit Baselland

Das Begehren nach der Wiederherstellung des Kantons Basel wurde sowohl von den Freisinnigen als auch von den Konservativen immer wieder vorgebracht. Beide Parteien konnten sich auf einen Anhang in der Landschaft stützen, war dies für die Freisinnigen die herrschende Regierungspartei, so bestanden bei den Konservativen noch vielfältige Beziehungen zwischen Bandfabrikanten und Posamentern und auch durch religiöse Gemeinschaften. Wenn von der Stadt aus auch kaum die Hoffnung bestehen konnte, auf der Landschaft eine konservative Partei ins Leben zu rufen, so wurden die vorhandenen Fäden doch immer wieder neu geknüpft. 1875 wurde die Wiedervereinigung in kleinem Kreis erwogen,[129] und der EV versuchte, in Baselland Unterstützung zu finden. Bei der Revision von 1890 war es der Jurist Eduard Kern, der mit seiner Eingabe für einen Zusammenschluss mit der Landschaft eintrat, die hauptsächlich eine Vereinheitlichung des Gerichts- und Polizeiwesens bringen sollte. Dieser Vorschlag fand in der Öffentlichkeit aber keinen Widerhall.[130]

In diesem Zusammenhang seien die Anregungen eines Konservativen erwähnt, der in der Folge zum Freisinn hinüberwechselte: Albert Burckhardt-Finsler nahm zwei historische Jubiläumsfeiern zum Anlass, für die Wiedervereinigung zu werben. In Fortführung der Tradition der Schützenfeste, die im 19. Jahrhundert gewissermassen Marksteine der politischen Entwicklung gebildet hatten, feierten Basel-Stadt und Basel-Land 1897 in Sissach zum ersten Mal seit der Trennung gemeinsam ein solch patriotisches Ereignis. Für die damalige Stimmung mag es bezeichnend sein, dass die obligate Festrede nicht einem freisinnigen Politiker übertragen wurde, sondern einem Historiker der Schweizer Geschichte, Albert Burckhardt. So war zu erwarten, dass das Stadt-Land-Verhältnis, der politischen Polemik entrückt, von der höheren Warte der historischen Betrachtung aus angegangen werde. Burckhardt erfüllte die auf Versöhnung ge-

richteten Erwartungen in dieser Rede sowie in einer zweiten, im selben Jahr anlässlich des St. Jakobsfestes gehaltenen; er setzte sich deutlich dafür ein, dass der isolierte Stadtstaat Basel einen engeren Anschluss an die Schweiz finden müsse – der erste Schritt dazu sei die Wiedervereinigung mit der Landschaft. Mit diesen Anschauungen konnte Albert Burckhardt nicht länger als konservativ gelten. Seine Reden wurden als Bekenntnis zum Freisinn aufgefasst.[131)]

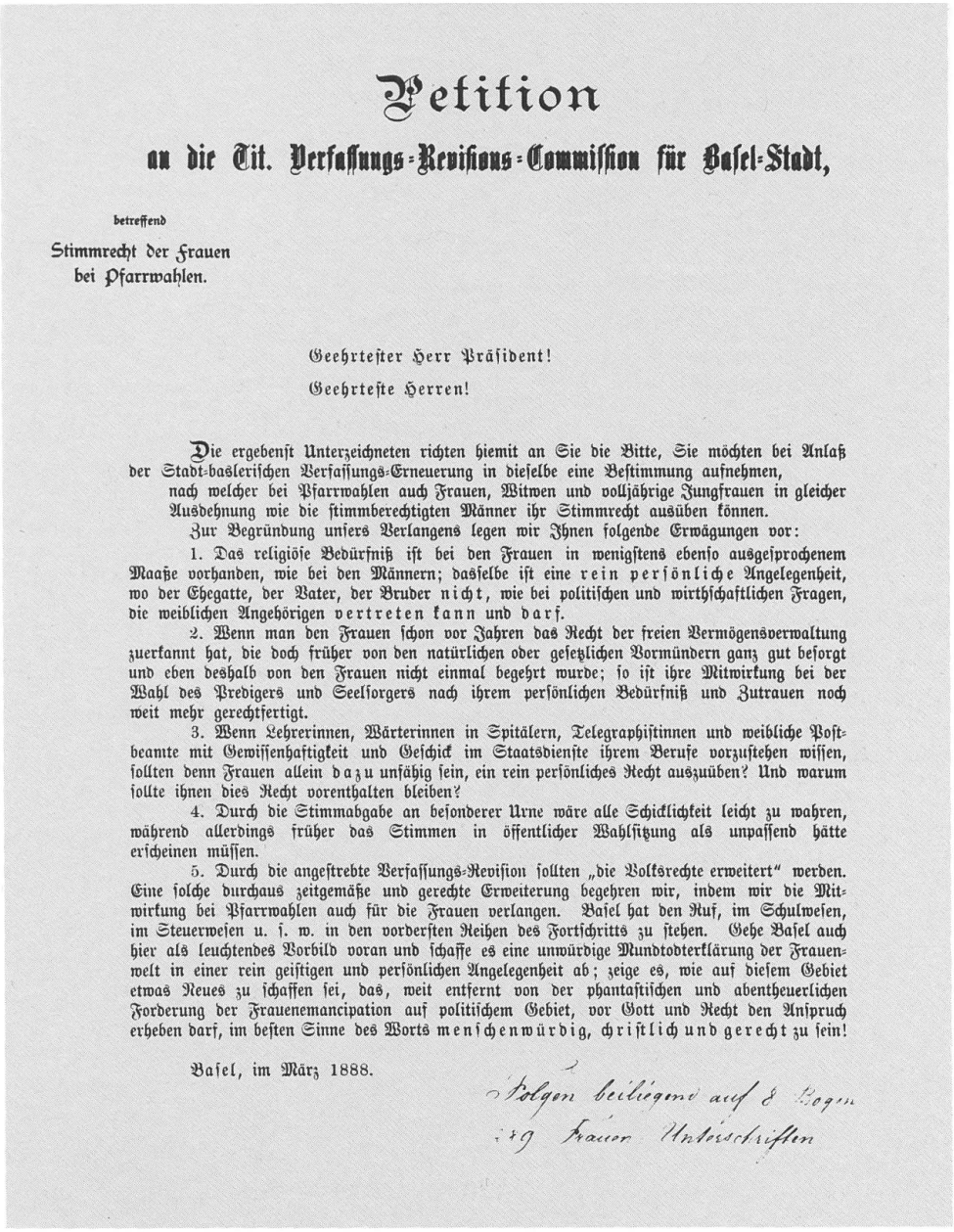
c) Änderung des Verhältnisses zu Schule und Kirche – Verwaltung

Kerns Eingabe befasst sich auch mit andern Gebieten, für die die Konservativen stets Interesse gezeigt hatten: Staat und Kirche, Wahlart der Pfarrer, Stellung der Lehrer. Es wird der Vorschlag gemacht, in richtiger Ausführung der Bundesverfassung für beide Landeskirchen je ein vom staatlichen getrenntes Budget aufzustellen. Damit nimmt Kern die Frage vorweg, die zwei Jahrzehnte später ihre endgültige Lösung fand: die Trennung von Kirche und Staat. Merkwürdig und zu Heuslers aristokratischer Auffassung im Widerspruch stehend, mutet die weitere Forderung Kerns an: Unter dem Stichwort «Richtigstellung des Verhältnisses unserer Schule zur Demokratie» verlangt er die Wahl des Erziehungsrates sowie der Lehrer durch das Volk. Es geht ihm wesentlich darum, den Einfluss der Familienväter auf die Schule zu wahren. Dem Erziehungsrat, der Aufsichtsbehörde über die Schulen, will er stärkeres politisches Gewicht verschaffen, um der von den Freisinnigen vorgeschlagenen Institution einer Lehrersynode entgegenzuwirken.[132)] Der patriarchalische Charakter des Erziehungswesens, wie es etwa von C.F. Burckhardt verstanden wurde, wird hier nochmals verteidigt, auch dies freilich ohne Erfolg. Denn das Schulwesen war für den Freisinn ein ebenso wichtiges Anliegen, und mit Wilhelm Klein war ein Mann am Werk gewesen, für dessen vorwärtsdrängenden Elan die altertümlichen Anschauungen der Konservativen kein Hindernis bilden konnten.

Mit der Verwaltung befasst sich die Eingabe von Karl Wieland; die Frage der Wahlart des Regierungsrates verlagert er auf dessen tatsächliche Stellung. Er verlangt eine Neuorganisierung durch Erhöhung der Mitgliederzahl und die Heranziehung von nicht vollamtlich Beschäftigten. Mit dem Hinweis auf das alte System des Kleinen Rates (gegen dessen Wiederherstellung er sich allerdings verwahrt) redet er einer «Entpolitisierung» das Wort.[133)]

d) Wahlrecht für Frauen bei der Ernennung der Pfarrer

Der Vorschlag, dass auch Frauen sich an der Wahl der Pfarrer in den Gemeinden beteiligen sollten, stammt von keinem Geringeren als dem berühmten Professor der Physik, J.J. Balmer. Wir finden das Anliegen zunächst in der ASZ formuliert: Es handle sich nicht um «Politik, wo selbstverständlich die Männer allein entscheiden», noch um «jene phantastische und abenteuerliche Forderung der Frauenemancipation



Petition

an die Tit. Verfassungs-Revisions-Commission für Basel-Stadt,

betreffend

Stimmrecht der Frauen
bei Pfarrwahlen.

Geehrtester Herr Präsident!

Geehrteste Herren!

Die ergebenst Unterzeichneten richten hiemit an Sie die Bitte, Sie möchten bei Anlaß der Stadt-baslerischen Verfassungs-Erneuerung in dieselbe eine Bestimmung aufnehmen, nach welcher bei Pfarrwahlen auch Frauen, Witwen und volljährige Jungfrauen in gleicher Ausdehnung wie die stimmberechtigten Männer ihr Stimmrecht ausüben können.

Zur Begründung unsers Verlangens legen wir Ihnen folgende Erwägungen vor:

1. Das religiöse Bedürfniß ist bei den Frauen in wenigstens ebenso ausgesprochenem Maaße vorhanden, wie bei den Männern; dasselbe ist eine rein persönliche Angelegenheit, wo der Ehegatte, der Vater, der Bruder nicht, wie bei politischen und wirthschaftlichen Fragen, die weiblichen Angehörigen vertreten kann und darf.

2. Wenn man den Frauen schon vor Jahren das Recht der freien Vermögensverwaltung zuerkannt hat, die doch früher von den natürlichen oder gesetzlichen Vormündern ganz gut besorgt und eben deshalb von den Frauen nicht einmal begehrt wurde; so ist ihre Mitwirkung bei der Wahl des Predigers und Seelsorgers nach ihrem persönlichen Bedürfniß und Zutrauen noch weit mehr gerechtfertigt.

3. Wenn Lehrerinnen, Wärterinnen in Spitälern, Telegraphistinnen und weibliche Postbeamte mit Gewissenhaftigkeit und Geschick im Staatsdienste ihrem Berufe vorzustehen wissen, sollten denn Frauen allein dazu unfähig sein, ein rein persönliches Recht auszuüben? Und warum sollte ihnen dies Recht vorenthalten bleiben?

4. Durch die Stimmabgabe an besonderer Urne wäre alle Schicklichkeit leicht zu wahren, während allerdings früher das Stimmen in öffentlicher Wahlsitzung als unpassend hätte erscheinen müssen.

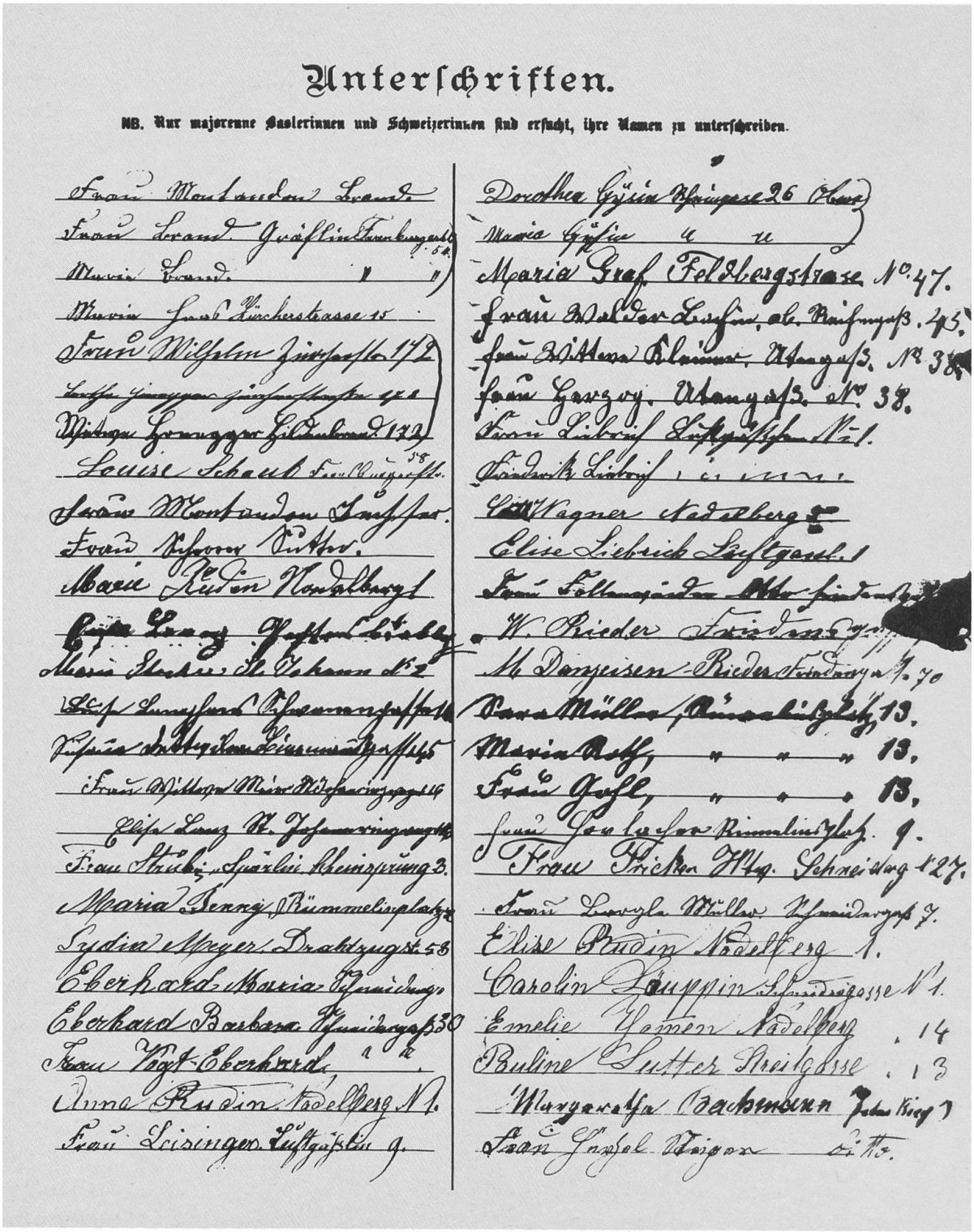
5. Durch die angestrebte Verfassungs-Revision sollten „die Volksrechte erweitert" werden. Eine solche durchaus zeitgemäße und gerechte Erweiterung begehren wir, indem wir die Mitwirkung bei Pfarrwahlen auch für die Frauen verlangen. Basel hat den Ruf, im Schulwesen, im Steuerwesen u. s. w. in den vordersten Reihen des Fortschritts zu stehen. Gehe Basel auch hier als leuchtendes Vorbild voran und schaffe es eine unwürdige Mundtodterklärung der Frauenwelt in einer rein geistigen und persönlichen Angelegenheit ab; zeige es, wie auf diesem Gebiet etwas Neues zu schaffen sei, das, weit entfernt von der phantastischen und abentheuerlichen Forderung der Frauenemancipation auf politischem Gebiet, vor Gott und Recht den Anspruch erheben darf, im besten Sinne des Worts menschenwürdig, christlich und gerecht zu sein!

Basel, im März 1888.

Folgen beiliegend auf 8 Bogen
249 Frauen Unterschriften

Abb. 6: Petition betreffend das Stimmrecht der Frauen bei den Pfarrwahlen, März 1888

auf politischem Gebiet», wie sie in England und den USA erhoben werde, sondern um das Recht der Entscheidung «bei einem persönlichen und rein geistigen Interesse», wo der Mann die Frau nicht vertreten könne. Balmer sieht das Begehren aber doch im Rahmen der Erweiterung der Volksrechte, wie sie die Verfassungsänderung anstrebe: «die Menschenwürde der Frauenwelt» sollte «in ihr volles unverkümmertes Recht eingesetzt werden».[134)]



Unterschriften.

NB. Nur majorenne Baslerinnen und Schweizerinnen sind ersucht, ihre Namen zu unterschreiben.

Frau Montandon Lerch.
Frau Lerch. Gräfin Frankengasse 54.
Marie Lerch. " "
Marie Lerch Kirchenstrasse 15
Frau Wilhelm Hirschfeld 172
Louise Hirzgarten Hirschfeldstr. 172
Wittwe Grenzger Hildebrand 122
Louise Schaub Frau Wagnerstr. 58
Frau Montandon Lachenmeier.
Frau Pfarrer Fischer.
Marie Ruden Nadelberg 1
Elise Lenz Gerbergasse 5
Marie Stehlin St. Johann 52
Lisa Lenz Schwarzwaldstr. 14
Susanna Stehlin Schwarzwaldstr. 45
Frau Wilhelm Miville Weissenbergg. 14
Elise Lenz St. Johannvorstadt 14
Frau Stehlin Spärlin Rheinsprung 3.
Maria Lenz Kümmelinplatz 2
Lydia Meyer Drahtzugstr. 58
Eberhard Maria Schneidergasse
Eberhard Barbara Schneidergasse 30
Frau Vogt Eberhard
Anna Ruden Nadelberg 1.
Frau Leisinger Luftgässlein 9.

Dorothea Geßin Rheingasse 26 Hinterhaus
Maria Geßin " "
Maria Graf Feldbergstrasse No. 47.
Frau Walder Lachenmeier ob. Rheingass. 45.
Frau Wilhelm Klemm. Utengass. No. 38.
Frau Gerzog. Utengass. No. 38.
Frau Liebrich Luftgässlein No. 1.
Friedrich Liebrich " " " "
Elise Wagner Nadelberg 5
Elise Liebrich Luftgässl. 1
Frau Hellmann Alte Gerberstr.
W. Rieder Freidenberg
M. Dampeisen Rieder Freidenberg No. 70
Vera Müller Kümmelinplatz 13.
Maria Roth " " " 13.
Frau Gehl " " " 13.
Frau Gerlach Kümmelinplatz 9.
Frau Fricker Alte Schneidergass 127.
Frau Louise Müller Schneidergass 7.
Elise Ruden Nadelberg 1.
Carolin Huppin Schneidergasse No. 1.
Emelie Hemen Nadelberg 14
Pauline Lutter Steinlgasse 13
Margaretha Bachmann Johannesvorstadt 7
Frau Gengel Weiger Stadt.

Abb. 7: Unterschriften zu dieser Petition

Wie die Eingabe zeigt, handelte Balmer nicht von sich aus, sondern als Sprecher und Anwalt einer Gruppe von knapp 300 Frauen, die ihn für ihr Anliegen gewonnen hatten. Die Tatsache, dass Frauen persönlich oft mehr zu tun hatten mit Geistlichen (mehr als ihre Männer, die sich auf das Anhören der Predigt beschränkten), mag für Balmer einleuchtend gewesen sein. Sein Kontakt mit den Frauen gründete sich vielleicht auf seine Tätigkeit als Lehrer an der Töchterschule.

Widerspruch zu dem Vorschlag blieb erwartungsgemäss nicht aus; der Spott von der Seite der Linken wurde mit Stillschweigen hingenommen, und den von der Rechten vorgebrachten Bibelzitaten konnte leicht mit entgegengesetzten Zitierungen begegnet werden. Schwieriger war es, den Einwand zu widerlegen, dass durch die Erteilung des Wahlrechts die Frauen in die Wahlagitation hineingezogen würden. An dieser praktischen Frage zeigte es sich, dass auch Balmer bei aller Aufgeschlossenheit und aller Anerkennung der «Würde der Frauen» doch noch tief in den Anschauungen seiner Zeit steckte. Wohl hatte er vorgeschlagen, bei der Ausübung des Wahlrechtes sollten Männer und Frauen «aus Gründen der Schicklichkeit in getrennten Lokalen» ihre Zettel einlegen, aber «Vorversammlungen veranstalten und leiten, Wahlartikel verfassen und Reden halten, das werden die Basler Frauen nie». Es genügt, dass man ihnen das Recht gibt, «zwischen dem sich entscheiden, was ihnen geboten wird. Das ist im Wesen des Weibes begründet.» [135)]

Soweit ersichtlich, hat sich keine der 289 Unterzeichnerinnen der Eingabe, Frauen einfacher Herkunft, aber auch keine Frau aus dem Bürgertum öffentlich für die Annahme dieses Vorschlages eingesetzt, und so verlief er im Sand.

4. Kapitel
Die innere Entwicklung der 1890er Jahre: von der Allgemeinen Schweizer Zeitung zu den Basler Nachrichten

Die bunte Vielfalt der im letzten Kapitel besprochenen Vorschläge zeigt die Spannweite des Interesses der Konservativen in diesem Zeitraum, ihre immer noch lebendige und individuelle Beziehung zum Staat. Zugleich wird aber auch die Schwäche sichtbar, der Mangel einheitlicher, auf ein Ziel ausgerichteter Politik. Die Altertümlichkeit der Anschauungen (Heuslers und Wielands) sowie ihr allzu theoretischer Gehalt (Ed. Kern) verhiessen wenig Hoffnung auf Erfolg. Aber auch originelle, in die Zukunft weisende Anregungen wie diejenige J.J. Balmers wurden als Chancen nicht wahrgenommen, weil es sich erwies, dass die Verwirklichung auf unüberwindbare Hindernisse stiess. Der herkömmliche Stil der Politik erlaubte das Betreten von Neuland nicht, so standen sich die Konservativen gewissermassen selbst im Weg. Dazu kam, dass das unbedingte Festhalten am Grundsatz der Individualität, der freien Entfaltung persönlicher Meinungen, das gemeinsame Vorgehen immer wieder hemmte.

a) Fehlen einer einheitlichen Zielsetzung

Man stellte fest, dass die Gegner Programme entwarfen, und kam zur Einsicht, dass dadurch tatsächlich Erfolge erzielt wurden.[136] Aber standhaft weigerte man sich, die eigenen Ziele zu fixieren. «Und die Liberalkonservativen, was streben sie eigentlich an? Ja, das ist schwer zu sagen.»[137] Dies das eigene Eingeständnis einer Schwäche, die sich von der klaren Linie der gegnerischen Partei deutlich abheben musste. Das Äusserste, was an gemeinsamer Zielsetzung geleistet wurde, waren die Aufrufe, die die Quartiervereine seit 1887 jeweils vor den Wahlen erliessen. Anfangs waren sie sehr allgemein gehalten, wurden aber im Lauf der Jahre präziser, die Liste der Sachfragen, für die man sich in der Gesetzgebung einsetzen wollte, wird immer ausführlicher. Im Aufruf von 1896 wird der bereits stattlich gewordene Katalog, der sich in seiner Form keineswegs von den entsprechenden Äusserungen der andern Parteien unterscheidet, bezeichnet als eine Zusammenstellung der «tatsächlichen Aufgaben» des Parlaments, nicht als Parteiprogramm.[138]

Bezeichnend für eine Haltung, die man den liberalen «Apolitismus» nennen möchte, ist sodann die Tatsache, dass bei wichtigen persönlichen Nominierungen nicht nur die berufliche, fachliche Eignung des Betreffenden hervorgehoben wurde, sondern dass man geradezu sein Desinteressement an der Politik, seine Untätigkeit in den Vereinen, betonte.[139] Auch wenn eingeräumt wird, dass Derartiges mit zur Wahlpropaganda gehört, kann man daraus doch die herkömmliche Auffassung der politischen Tätigkeit als eines nobile officium erkennen, die den konservativen «Aristokraten» scharf vom freisinnigen oder sozialdemokratischen Politiker unterscheidet. Diese Einstellung ermöglichte es, in manchen Fällen mit Überzeugung für den Kandidaten einer gegnerischen Partei einzutreten, wenn seine Fähigkeiten anerkannt waren.[140]

Nicht nur die Festlegung auf ein Programm, auch der äussere Zusammenschluss wurde in diesen Jahren vermieden. Es war die ASZ, die den Mittelpunkt bildete, und ihrem Redaktor war die schwere Aufgabe gestellt, das Interesse wachzuhalten, zu solidarischem Handeln aufzufordern, ohne dass die Angesprochenen sich einem Druck ausgesetzt fühlen würden.[141] Dies ergab zuweilen einen Zwiespalt, eine Situation, die auch wieder als für die konservative Politik charakteristisch betrachtet werden kann. Mangelnder Einsatz, laues Mitgehen, das ist der Eindruck, unter dem Arnold Joneli nach fast dreissigjähriger Tätigkeit an der Zeitung steht: «Wir leben freilich hier in einer Epigonenzeit, die alten Staatsmänner sind fast alle tot, die jüngere Generation pflegt vielfach andere Interessen...». An Begabungen fehle es nicht, aber an «Volksmännern, die für die Massen... reden und schreiben können». Die Leute, die noch «ein Herz für das allgemeine Wohl» besässen, seien für politische Aktionen nur dann zu gewinnen, «Wenn's... um die höchsten Güter des Glaubens geht».[142]

Wenn Joneli richtig gesehen hat, dann verhält es sich tatsächlich so, dass die religiösen Auseinandersetzungen der 1880er Jahre dem konservativen Denken und Handeln starke Impulse verliehen hatten, Antriebe, deren Fehlen man ein Jahrzehnt später mit

Bedauern bemerkte. Das Nachlassen der weltanschaulichen Spannungen wirkte sich lähmend aus; die Konservativen sahen sich um die Möglichkeit gebracht, ihre Anhänger mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Verteidigung hoher und höchster Güter um sich zu scharen und zum Handeln anzuspornen.

b) Wechsel in der Redaktion der Allgemeinen Schweizer Zeitung

Mit dem Wechsel in der Redaktion im September 1894 ergab sich natürlicherweise eine Neubesinnung. Gewiss waren die Jahrzehnte, in denen Joneli das Gesicht der Zeitung geprägt hatte, nun abgelaufen und schienen die Probleme, die seine Generation bewegt hatten, den Nachfahren weniger belangreich. Und doch zeigt die Wahl des neuen Redaktors, dass die Konservativen gewillt waren, der bisherigen Richtung treu zu bleiben: Der neue Verantwortliche vereinigt in seiner Persönlichkeit, ähnlich wie Joneli, christliche Gesinnung und journalistische Begabung. Auch Otto Zellweger war Theologe, amtierender Pfarrer und Redaktor einer Zeitung, des Appenzeller Sonntagsblattes, das sein Vater begründet hatte. So lag auch ihm die Beziehung zur Presse gewissermassen im Blut. Da die Wochenschrift, deren Leitung er beibehielt, in Basel viel gelesen wurde, war er hier kein völlig Unbekannter.

Was seine theologische Haltung betrifft, so muss vor allem auf seine Beziehung zu Bad Boll hingewiesen werden; vom jüngeren Blumhardt hatte Zellweger den Anstoss zum Wirken in der Öffentlichkeit erhalten. Vom Standpunkt des christlichen Glaubens aus eine Zeitung zu gestalten, das war das Ziel, das nach dem Zeugnis von Gustav Benz damals in der Luft gelegen habe.[143)] Auch Zellweger stand in Basel der Evangelisch-sozialen Bewegung nahe. Diese Ausrichtung des politischen Handelns schien ihm überzeugender als der Versuch, durch eine neuerliche Vereinigung auf eidgenössischer Grundlage mit den politisch Gleichgesinnten zusammenzuarbeiten. Das von der liberal-demokratischen Gruppe der Bundesversammlung entworfene Programm lobt er wohl als das beste unter den bestehenden, aber er vermag sich nicht bedingungslos dafür einzusetzen. «Deshalb ist es uns auch unmöglich, uns ohne weiteres als zu irgend einer Partei gehörig zu betrachten.»[144)] Diese mangelnde Bereitschaft, sich innerhalb der Schweiz zusammenzuschliessen, darf wohl als der entscheidende Unterschied zur Generation von 1875, die den EV gegründet hatte, betrachtet werden.

Immerhin wird die ASZ auch jetzt noch als Organ des EV bezeichnet und trotz der erwähnten Einschränkung die Fühlung mit der liberal-demokratischen Fraktion im Bund gesucht. Die Richtung der Zeitung wird als «liberal-konservativ» angegeben, und Zellweger bemüht sich bei der Übernahme der Redaktion um eine Präzisierung des Begriffspaares.[145)] Die Bezeichnung «liberal» bedeute Freiheit von Vorurteil, Anerkennung des Fortschritts – man wolle Staatsvorrechte beseitigen und verfechte die individuelle Unabhängigkeit nicht nur von Personen, sondern auch von Korporationen. Soweit stimmt der Liberalismus von 1894 mit demjenigen von 1874 überein. Man mag in diesen Prinzipien auch die Nachwirkung derjenigen von älteren Liberalen wie

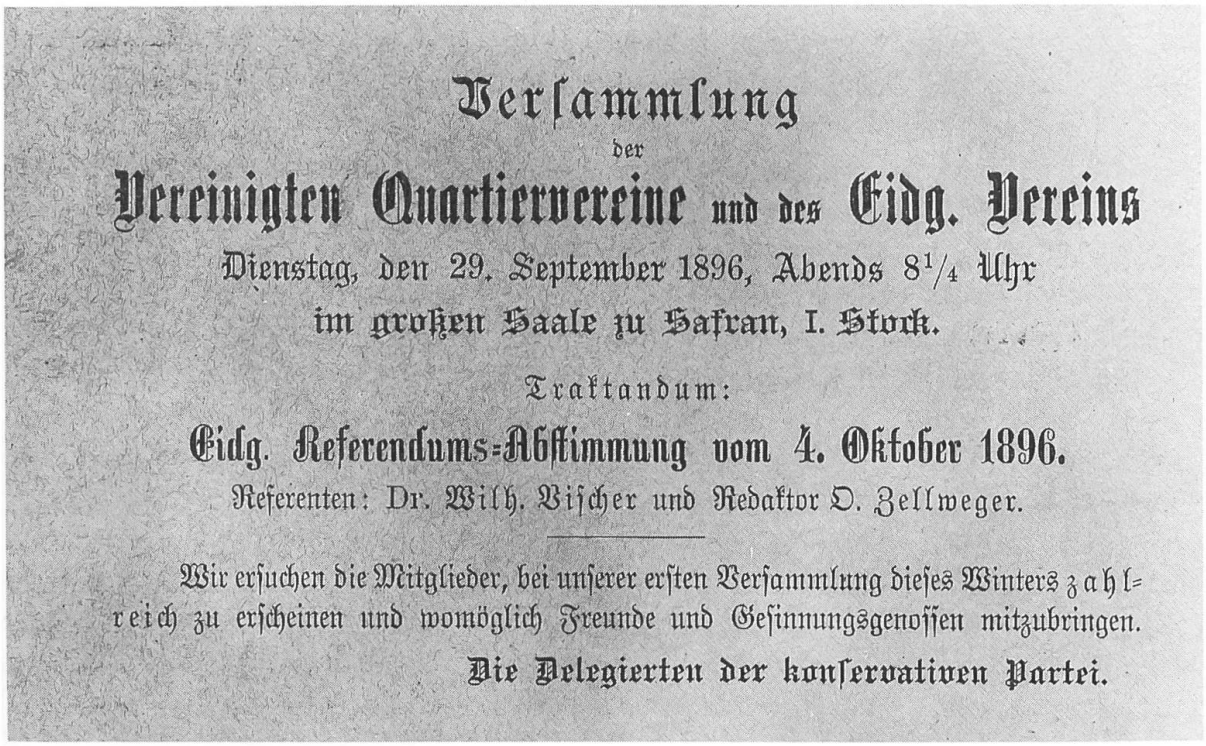
Abb. 8: Otto Zellweger

J.R. Geigy und Alfons Koechlin erblicken. Von einem allgemein schweizerischen Standpunkt aus gesehen fällt das Fehlen der Animosität gegen den Bundesstaat, das die frühere Generation beherrscht hatte, angenehm auf.

Unter «konservativ» wird verstanden ein Verhalten, das mit bestehenden Verhältnissen rechnet, das Bewährtes gelten lässt, an den geschichtlichen Werdeprozess glaubt. Als Kennzeichen der konservativen Haltung sieht Zellweger ferner die Bereitschaft zur Beschäftigung mit religiösen und kirchlichen Fragen – hierin liege der Unterschied zwischen liberal und konservativ. Das Epithet «demokratisch», das die beiden Begriffe verbinden soll, lehnt er ab mit der Begründung, es handle sich um eine Selbstverständlichkeit, die nicht besonders hervorgehoben werden müsse. Mit Initiative und Referendum sei das Entscheidungsrecht des Volkes gesichert.

c) Vermehrte Tätigkeit in den Quartiervereinen

Ob es nun die Tatkraft und der Einsatz des neuen Redaktors war, was den Konservativen im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts einen neuen Auftrieb gab, lässt sich nicht mit Bestimmtheit nachweisen. Auf jeden Fall drang mit der neuen Persönlichkeit ein etwas geänderter Stil durch: Stärker als sein Vorgänger suchte Zellweger den Kon-



Versammlung
der
Vereinigten Quartiervereine und des Eidg. Vereins
Dienstag, den 29. September 1896, Abends 8¼ Uhr
im großen Saale zu Safran, I. Stock.
Traktandum:
Eidg. Referendums-Abstimmung vom 4. Oktober 1896.
Referenten: Dr. Wilh. Vischer und Redaktor O. Zellweger.

Wir ersuchen die Mitglieder, bei unserer ersten Versammlung dieses Winters zahlreich zu erscheinen und womöglich Freunde und Gesinnungsgenossen mitzubringen.

Die Delegierten der konservativen Partei.

Abb. 9: Einladungskarte zu einer Versammlung der Vereinigten Quartiervereine und des Eidgenössischen Vereins, 1896

takt mit den Quartiervereinen, und es scheint auch, dass es ihm gelang, sie zu vermehrter Tätigkeit anzuregen.[146] Zu einer Neubelebung, die über das Organisatorische hinausreichte, führte aber ein Anstoss von aussen. Durch die Aufteilung des alten Stadtquartieres (1892) wurde das Albanquartier betroffen, d.h. es verlor einen Teil seiner Mitglieder an das neu geschaffene Münsterquartier.[147] Im Februar 1897 nahm ein neuer Präsident die Aufgaben des Albanvereins energisch in Angriff. Er erstrebte eine «Ausdehnung des Wirkungskreises der konservativen Quartiervereine überhaupt».[148] Nicht nur bei Wahlen und Abstimmungen, sondern in kürzeren Abständen sollten allgemein interessierende Fragen von den gleichgesinnten Wählern besprochen werden: «Der Zweck der Quartiervereine soll nicht sein, die Mitglieder zu einer Parteiparole zu verpflichten, wohl aber, alle um sich zu sammeln, die sich dem Unfrieden stiftenden Drängen der sozialdemokratischen Partei entgegenstellen wollen.»[149] Der äussere Anlass führt also einmal mehr dazu, dass man sich fragt, was man eigentlich will. Die Motivierung von der religiösen Seite her, die Joneli einige Jahre zuvor allerdings vermisst hatte, ist jetzt ersetzt durch das bürgerliche Standesbewusstsein.

Das Zirkular, das diese Überlegungen enthält und zur Teilnahme auffordert, versichert, dass eine Beitrittserklärung nicht zu einem finanziellen Beitrag verpflichte, da nämlich «die kleinen Ausgaben durch freiwillige Gaben bestritten werden». Auch in dieser Hinsicht scheuen sich die Konservativen vor Organisation und Zusammenschluss; das Prinzip völliger Freiwilligkeit wird nicht preisgegeben.

d) Die Basler Nachrichten als Nachfolgerin der Allgemeinen Schweizer Zeitung

Die Entwicklung, die mit der Übernahme der Redaktion durch Otto Zellweger eingesetzt hatte, wurde einige Jahre später erheblich vorwärtsgetrieben dadurch, dass die ASZ aufgegeben und ein anderes Presseorgan zwar nicht neu geschaffen, aber von den Konservativen aus der Hand der Gegenpartei übernommen wurde, was einer Neugründung gleichkam, die Basler Nachrichten. Der Tod des bisherigen Verlegers der bis jetzt freisinnigen Zeitung, Emanuel Wackernagel, führte dazu, dass die Zeitung öffentlich versteigert wurde.[150] Diese Gelegenheit nahmen einige Konservative, die sich um eine Erneuerung der Partei bemühten, wahr. Die Leitung der ASZ war dabei wesentlich beteiligt; Otto Zellweger tätigte den Kauf und setzte die Redaktion der Basler Nachrichten von der Änderung in Kenntnis.[151] Die wichtigste Persönlichkeit, die nun als Präsident des Verwaltungsrats an die Spitze des neuen Unternehmens tritt, ist Paul Speiser. Die Bedingungen, unter denen er seine Mitarbeit zusichert, zeigen deutlich den etwas veränderten Kurs, den das Organ der Konservativen jetzt einschlagen will. «Die Basler Nachrichten werden als liberal-demokratisches Organ für die Schweiz und Basel geführt... In allen Artikeln, sowohl schweizerischen als baslerischen Charakters, hat bis auf weiteres die Polemik hinter der Orientierung zurückzutreten. Dem Baslerischen ist mehr Aufmerksamkeit als bisher zu widmen...». Sodann erachtet es der neue Verantwortliche für nötig, eine Bemerkung aufzunehmen, die seine eigene

Stellung in der schweizerischen und kantonalen Politik betrifft: «Persönliche Angriffe und Ausfälle gegen Mitglieder von Behörden, insbes. des Bundesrates und des Reg.rates sind streng verboten.»[152)]

In seinem Rückblick nach 25 Jahren drückt sich Speiser über die Gründe, die zur Erwerbung der Basler Nachrichten geführt hatten, so aus: «Wir fanden es natürlich, den Fehler von 1872 zu reparieren.»[153)] Damit ist ausgesprochen, dass die Kreise um Speiser dem Schicksal der ASZ keineswegs gleichgültig gegenüberstanden, aber auch dass sie die von ihr vertretene Haltung als eine Fehlentwicklung betrachteten. Was Speiser selbst möglicherweise schon 1872/73 angestrebt hatte, war, was günstige Umstände jetzt ermöglichten, eine Zeitung, die nicht Parteiblatt war, sondern der Information diente, dabei allerdings eine bestimmte politische Linie einhielt. Während sich für uns der Eindruck ergibt, diese wichtige Neuerung sei zu einem Zeitpunkt erfolgt, da die Parteigegensätze heftig aufeinanderprallten, sieht es Speiser in der Erinnerung anders: Sowohl die konservative Bewegung als auch der Radikalismus sei in den 1890er Jahren sehr matt gewesen, die BN als radikale Zeitung habe sich in einem Zustand der Dekadenz befunden. Diesen rückblickenden Betrachtungen des unmittelbar Beteiligten muss nun entgegengehalten werden, dass um die Jahrhundertwende die härtesten Kämpfe um den Proporz stattfanden, d.h. der Freisinn war bestrebt, mit allen Mitteln die Angriffe auf seine Vormachtstellung abzuwehren. Die Wahlen im Frühjahr 1902 gehören zu den schlimmsten Erfahrungen der Konservativen: Nachdem sie 1899 ein letztes Mal im Wahlbündnis mit den Sozialdemokraten gestanden hatten, gelang diese Verbindung 1902 nicht mehr, und sie waren der freisinnig-sozialistischen «Würgallianz» preisgegeben.[154)] In diesem Jahr hielt mit Eugen Wullschleger auch der erste Sozialdemokrat seinen Einzug in die kantonale Regierung. Wenn man diese Umstände bedenkt, kommt man zum Schluss, dass der Wechsel der Zeitung in einem Augenblick erfolgte, da die Konservativen gewissermassen in extremis einen Kampf um ihre Existenz führten. Der wenig später vollzogene organisatorische Zusammenschluss, die Gründung der Partei, erscheint von geringerer Bedeutung, weil damit eine längst angebahnte Entwicklung ihren natürlichen Abschluss fand.

Aus den erhaltenen Akten ist zu ersehen, dass das friedliche Eingehen der ASZ nicht unbestritten hingenommen wurde. Für die alte Zeitung und den bisherigen Kurs setzten sich zwei Männer ein, die in der konservativen Bewegung bereits ihre Verdienste hatten, Wilhelm Vischer (III) und Eduard Kern. Vischer, der Sohn des früheren Präsidenten des EV, konnte sich nicht dazu durchringen, die Hoffnung auf die Zukunft der von der ASZ vertretenen Politik aufzugeben. Er wollte nicht an den geschäftlichen Erfolg des neuen Blattes glauben, musste aber andrerseits zugeben, dass man um des materiellen Gewinnes willen keine Prinzipien aufgeben dürfe. Mit dem Verzicht auf die von der ASZ hochgehaltenen Grundsätze «gibt man mehr preis als man eintauscht und weder politisch noch geschäftlich wird man auf die Dauer gewinnen». Deswegen riet er zu einer Fusion der beiden Blätter unter Beibehaltung des Titels Allgemeine Schweizer Zeitung als eines «liberal-konservativen» Organs. In einem formulierten Antrag,

den er in der letzten Versammlung der Kontribuenten vortrug, fasste er zusammen, was er darunter verstand: positive christliche Weltanschauung, Eintreten für die Freiheit der Bürger und Institutionen, die Unabhängigkeit der Kantone und Gemeinden gegen die Staatsgewalt und einen «alles nivellierenden Unitarismus». Man glaubt, aus diesen Worten einen Nachklang der harten und bitteren Aussagen seines Vaters und dessen Gesinnungsgenossen Andreas Heusler (der an der Angelegenheit der BN nicht beteiligt war) herauszuhören.[155)]

So wenig Vischer, der mit Speiser offen und fast freundschaftlich verkehrte, mit diesem Versuch zur Rettung der ASZ durchdrang, so wenig hatte Eduard Kern Erfolg in seinem Bemühen, das Epithet «konservativ» zu retten.[156)] Mit einigen Bemerkungen zu dem Entwurf für die Erklärung, mit der man in der ASZ die Änderung mitteilen wollte, berührt er einen schwachen Punkt der Partei: die Verlegenheit um ihren Namen. Diese bestand darin, dass der Ausdruck «liberal» noch immer von manchen Gegnern beansprucht wurde, während andrerseits dem Wort «konservativ» ein Odium anhaftete, das es zur Parteibezeichnung untauglich machte, weil es dem Empfinden vieler widersprach. Zu diesen gehört nun Kern persönlich allerdings nicht, und er würde um der Klarheit willen «konservativ» vorziehen, weil ihm «liberal» «etwas veraltet und abgewirtschaftet» vorkommt. Diese Ansicht Kerns, mit der er sicher nicht allein stand, drang aber nicht durch; sowohl für die Bezeichnung der Zeitung als auch der Partei wurde das Wort, das die beharrende Tendenz betonte, fallengelassen zu Gunsten des andern, das sozusagen vorwärts wies, aber wie Kern mit Recht bemerkte, nicht minder historisch belastet war.

5. Kapitel
Das Verhältnis zu den andern Parteien und der Durchbruch des Proporz

Als Grundposition für das Verhältnis der Konservativen zu den andern Parteien muss man den historischen Gegensatz zum Freisinn betrachten. Dieser hatte sich im Augenblick des Umbruchs von 1875 etwas abgeschwächt, um aber wenig später mit erneuter Wucht wieder aufzubrechen. Durch die Wahlen von 1881, die ihre endgültige Niederlage brachten, fühlten sich die Konservativen nicht nur hintergangen und verraten, sie standen jetzt unter dem Eindruck, der Willkür einer rücksichtslosen Mehrheit preisgegeben zu sein.[157)] Die Verquickung des Politischen mit Religion und Weltanschauung, die den Kulturkampf der 1880er Jahre kennzeichnet, trug zur Verschärfung der Gegensätze bei. In den Quartiervereinen, wo der Zusammenprall am stärksten verspürt wurde, entstand der Gedanke, «dem Parteitreiben abzusagen». Der Kampfgeist flaute allmählich ab, und nun war eine neue Situation entstanden: Die Katholiken waren erstarkt und hatten im Parlament Eingang gefunden (als selbständige Partei traten sie allerdings erst 1905 hervor), und als neue, organisierte Gruppe trat die Arbeiterschaft auf.

a) Der Kampf der Minderheiten um den Proporz

Das bestehende Wahlsystem, das die Mehrheit stark begünstigte, nötigte die langsam heranwachsenden Minderheiten zur gegenseitigen Annäherung. Die Unterstützung der Katholiken war für die Konservativen damals noch völlig ungefährlich, und das Eintreten für die religiöse Gruppe, die sich gegen den «Kulturfreisinn» zur Wehr setzte, passte gut in ihre eigene weltanschauliche Linie.[158] Etwas schwieriger gestaltete sich das Zusammengehen mit der Arbeiterpartei, das sich immer mehr als unumgängliche Forderung aufdrängte. Diese nahm 1893 etwa 18 Namen von Konservativen auf ihre Liste. Die ASZ fühlte sich dadurch nicht gehindert, eine scharfe Sprache gegen die «extreme Richtung» der Sozialdemokratie zu führen, doch gab sie immerhin die Erklärung ab, man erstrebe zwar nicht, «dass sie (sc. die Sozialdemokraten) uns regieren, wohl aber, dass sie nach ihrer Zahl in der Legislative vertreten seien. So verstehen wir die Proportionalität».[159]

Während das konservative Blatt 1893 nur die eigenen Listen veröffentlichte, liess der «Vorwärts» 1899, als die Allianz wiederum geschlossen wurde, mit den entsprechenden Wahlvorschlägen auch einen Aufruf der «Vereinigten Quartiervereine» erscheinen. Als gemeinsames Anliegen der Konservativen und der Arbeiter werden genannt: das Einstehen für den Proporz, die Befürwortung einiger baulicher Unternehmungen und die soziale Gesetzgebung.[160]

Auch bei der Vertretung ins eidgenössische Parlament mussten die Minderheiten sich rühren. Wollte man den durch die Bevölkerungsvermehrung bedingten Zuwachs von Abgeordneten nicht einfach der Mehrheitspartei überlassen, war auch hier Zusammenschluss geboten. Beim zweiten Wahlgang der Nationalratswahlen von 1890 liess die Arbeiterpartei ihren Kandidaten Eugen Wullschleger fallen – eine Anzahl Sozialdemokraten zog den konservativen Rudolf Sarasin, der als Arbeitgeber bekannt war, dem radikalen Hermann Kinkelin vor.[161] Schliesslich brachte die Enttäuschung über die gehoffte, aber ausgebliebene Unterstützung durch den Freisinn 1899 den «Vorwärts» dazu, einige Inserate und Artikel zugunsten des konservativen Ständeratskandidaten Eduard Kern zu bringen, nachdem die Partei Stimmfreigabe beschlossen hatte.[162] Was dem Juristen Kern, der nicht wie manche Industrielle bei den Arbeitern bekannt war, Sympathien verschaffte, waren seine Bemühungen um die Einführung des Proporz.

Der Wunsch nach einem Wahlsystem, das die kleinen Gruppen begünstigt und ihnen eine ihrer Stärke angemessene Vertretung sichert, bildet sich natürlicherweise im Kreis der Unterlegenen, der Minderheiten. So finden wir schon sehr früh eine Umschreibung der Vorteile, die ein solches System bringen würde, bei einem städtischen Konservativen der Gründergeneration des EV: dem Zürcher Georg von Wyss (1816–1893). Durch den Proporz würde «einer der grössten Irrtümer unserer Zeit» beseitigt, nämlich die Auffassung, «dass Recht dasjenige sei, was die Mehrheit ohne alle und jede Schranke beschliesse». Ferner würde «die Befreiung des Wahlsystems von jetziger Lei-

denschaftlichkeit» erreicht, und es sei die Möglichkeit gegeben, Männer zu wählen, «die unabhängig vom Parteiwesen, aber nach Charakter und Talent geeignet» seien. Wyss war aber nicht bereit, aktiv für die Idee einzutreten. Da das neue Prinzip «in die tiefen Wurzeln der staatlichen Ordnung hineinreiche», dürfe seine Entwicklung nicht künstlich vorangetrieben, sondern müsse sein langsames Wachstum abgewartet werden. Deswegen lehnte er eine Mitarbeit in der von Eduard Hagenbach in Basel angeregten Vereinigung für die Einführung des Proporz ab.[163)]

Ein Jahrzehnt später schien diese Vorsicht nicht mehr am Platz. Konservative, Sozialdemokraten und Katholiken stimmten in der Ansicht überein, dass nur eine Änderung des Wahlsystems der herrschenden Ungerechtigkeit in der Verteilung der Mandate abhelfen könne. Eine erste Initiative war 1889 aus den Bestrebungen für die Verfassungsrevision hervorgegangen. Eduard Hagenbach, Eduard Kern und Wilhelm Heusler, drei Konservative, die der Revisionskommission angehörten, arbeiteten einen Gesetzesvorschlag aus.[164)] Doch war es ein schweres Stück Arbeit, die breite Masse der Wählerschaft der Minderheitsparteien von der Nützlichkeit des neuen Systems zu überzeugen. Das Verdienst, das Proportionalwahlrecht in Basel populär gemacht und zu seinem Durchbruch wesentlich beigetragen zu haben, darf man dem «Vermittlungspolitiker» Eduard Hagenbach zuschreiben. Die Tendenz zu Aussöhnung und Vermittlung war zutiefst in der Persönlichkeit dieses Mannes, der in seiner Verbindung von Wissenschaftler und Politiker beste Basler Tradition verkörperte, verwurzelt.[165)] Er besass aber auch die mathematischen Kenntnisse und das sozusagen pädagogische Geschick, um das Wahlsystem für die Praxis annehmbar zu machen. In einer mit Katholikenverein und Arbeiterbund gemeinsam veranstalteten Volksversammlung wurden unter seiner Anleitung mit fingierten Listen Wahlen nach dem Proporz durchgeführt. Die bei diesem Versuch «Gewählten» traten in der Folge zusammen und regten die Initiative an.[166)]

Dass man mit Katholiken und Arbeitern zusammen ein politisches Ziel anstreben wollte, war für viele Konservative eine schwer fassliche Vorstellung. Eine zweite fingierte Wahl, unmittelbar vor der Volksabstimmung, an der ausser Hagenbach und Paul Speiser auch Eugen Wullschleger teilnahm, sollte die Zweifelnden nochmals von der Notwendigkeit der Neuerung überzeugen.[167)] Das Resultat der ersten Volksbefragung war aber wenig ermutigend. Mit grosser Mehrheit wurde die Initiative am 23.11.1890 verworfen.[168)]

Die weitere Entwicklung lässt nun erkennen, wie der Proporzgedanke trotzdem Anhänger gewann. Die Bewegung liess nicht nach, und die Konservativen taten das Ihre, um in Versammlungen dafür zu werben.[169)] Sogar der Albanquartierverein, der von der Neuerung mit Recht eine Erschütterung seiner Vormachtstellung befürchtete, liess sich informieren. Durch die Darlegung von Zahlen suchte die ASZ den Beweis zu erbringen, dass das neue System keine Begünstigung der Sozialdemokratie in sich schliesse.[170)] Diese Befürchtung, die sich 1905 allerdings erfüllte, war verbreitet.

Als am 4. November 1900 ein drittes «Nein» ausgesprochen wurde, waren Befürwor-

ter und Gegner immerhin so nahe zusammengerückt, dass mit einer weiteren Initiative nicht lange zugewartet wurde. Wiederum war die Teilnahme der Quartiervereine an den Diskussionen sehr lebhaft. Eine grosse Versammlung vereinigte die Häupter der Minderheitsparteien unmittelbar vor der Abstimmung: Hagenbach, Kern, Wullschleger und Feigenwinter.[171] In vielen Artikeln warben die BN für den Proporz. Man versuchte, diesmal vor allem die Handwerker zu gewinnen mit der Versicherung, dass das Gewerbe, das vom Freisinn keine Begünstigung zu erwarten habe, nun endlich befähigt würde, eine eigene, von Radikalismus und Sozialismus in gleicher Weise unabhängige Politik zu treiben. Als weitere Vorteile erwartete man vermehrte Stimmfreudigkeit und eine bessere Vertretung der parteilosen Bevölkerung. Für die Parteien endlich bringe die neue Wahlart das Ende des Zwangs zu den Allianzen.[172]

b) Zusammenschluss zur Liberalen Partei (1905)

Ohne das Ergebnis der Abstimmung abzuwarten, schritten die Konservativen schon einige Tage vor der Entscheidung zur Gründung ihrer Partei. Nach gründlicher Vorbereitung – die Quartiervereine hatten während des Winters die Statuten beraten – wurde formell vollzogen, was in der Praxis schon seit Jahren bestand, der Zusammenschluss der Quartiervereine, des EV und des Safranvereins. Eine Zäsur im Parteileben bildete dieses Ereignis nicht.

Die Organisation wurde gestrafft, blieb aber in ihrer Struktur dieselbe; den eigentlichen Körper bildeten die Quartiervereine, deren Kommissionsmitglieder die frühere «Konferenz der Delegierten», dh. den Parteiausschuss formierten. Zu diesem Gremium traten der Vorstand des Safranvereins, die Abgeordneten der Partei in Bern und die Vertreter der Presse. Neben diesem verhältnismässig grossen Kreis stand der Zentralvorstand, der elf Personen mit einem Präsidenten, einem Kassier und einem Aktuar umfasste.[173] Der erste Parteipräsident, Hans Burckhardt-Fetscherin, trat nach wenigen Monaten zurück, weil er in den Regierungsrat gewählt wurde. Sein Nachfolger war ab Herbst 1905 Alfred Wieland.

Der Parteiausschuss nahm, wie bis anhin die «Delegiertenversammlung», die Koordinierung der in den Quartieren aufgestellten Grossratskandidaten vor. Darüber hinaus erstattete er alljährlich einen Bericht über die Tätigkeit der Quartiervereine. Diese blieben das Rückgrat der Partei und sollen deshalb in ihrer weiteren Entwicklung betrachtet werden.

6. Kapitel
Die Entwicklung seit der Parteigründung (1905–1914)

Die von Walter Lüthi vorgenommene Analyse der Struktur des Basler Grossen Rates von 1875–1914 zeigt unter anderm auch die Veränderungen auf, die sich durch die

Einführung des Proporz bei der Verteilung der Grossratssitze in den Quartieren ergeben hatten:[174] Überall mussten die Konservativen Verluste von ein bis zwei Sitzen verzeichnen, und im Albanquartier, das sich bisher der grössten Vertretung erfreut hatte, sank ihre Zahl um die Hälfte (von zehn auf fünf Sitze). Mit Recht sieht Lüthi den Grund dieser Veränderung nicht nur im neuen Wahlsystem, sondern auch in der Tatsache, dass sich infolge der Zuwanderung die Bevölkerungsstruktur des Quartiers geändert hatte. Beides, Proporzwahlrecht und andere Bevölkerungsverhältnisse, machten es notwendig, bisherige Gruppierungen aufzugeben und neue Formen des Zusammenschlusses zu suchen.

a) Die Quartiervereine und die leitenden Persönlichkeiten

So drängte sich für Alban, das nicht mehr als fast ausschliesslich «konservativ» gelten konnte, eine Verbindung mit dem Aeschenquartier auf. Das kleine «Stadt»quartier, dessen Bevölkerung zurückging, bewies grosse Zähigkeit. Obwohl es genötigt war, sich bald an Aeschen, Spalen und schliesslich an St. Johann anzulehnen, bewahrte es seine eigene Organisation. Vor seiner Verbindung mit Alban und «Stadt» tritt der Quartierverein Aeschen zusammen mit demjenigen von Steinen auf.[175] Dessen erster Präsident war Robert Grüninger, später begegnen wir Adolf Bieder und Albert Oeri. Bieder wechselt 1904 vom Steinen- zum Spalen/Stadtverein. Die Verbindung Spalen/Stadt, bezw. Spalen/Steinen wurde anfangs 1907 wieder aufgelöst in zwei gesonderte Vereine.[176] Auch diese Massnahme lässt sich wohl aus der Zunahme der Bevölkerung in den betreffenden Quartieren erklären. Die Hoffnung auf eine entsprechende Stärkung der konservativen Partei hat sich aber nicht erfüllt; schon bald darauf fanden wieder gemeinsame Sitzungen statt.[177] Die drei Kleinbasler Vereine, die eine gewisse Sonderstellung einnehmen, haben eine starke Beziehung zum Evangelischen Arbeiterverein, von dem sie sich gelegentlich aber doch deutlich distanzieren.[178]

b) Innere Schwierigkeiten und Neubeginn

Die allgemeine politische Situation hatte sich nach 1905 insofern geändert, als jetzt von einem Zusammengehen mit den Sozialdemokraten nicht mehr die Rede sein konnte. Dagegen drängte sich bei den sozialen Unruhen und Arbeitskonflikten zu Beginn des Jahrhunderts und der von der Linken betriebenen Steuerpolitik eine Verbindung der bürgerlichen Parteien wieder stärker auf. Für die Liberalen bedeutete dies die Annäherung an den Freisinn. Dies lässt sich bei den Wahlen von 1908 verfolgen. Die Frage, ob ein Verharren bei der bisherigen Parteiorganisation noch sinnvoll sei, ob die Anstrengung eines im Namen der «Liberal-Konservativen» geführten Wahlkampfes sich überhaupt lohne, wurde jetzt, kaum drei Jahre nach der Parteigründung, bereits ernsthaft erwogen. Nachdem viele frühere Differenzen ausgeglichen worden seien, habe man «in letzter Zeit sehr oft Seite an Seite» mit den Radikalen gekämpft.

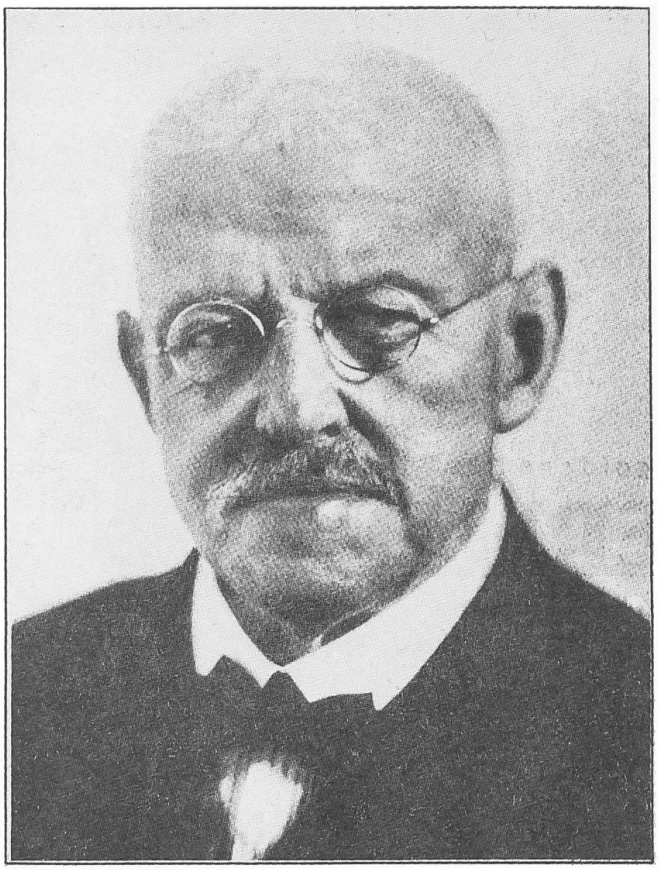


Abb. 10: Adolf Bieder

«Im wesentlichen unterscheiden sich die Liberalen von den Freisinnigen nur noch durch eine energischere Haltung gegen die Sozialdemokratie, eine grössere Behutsamkeit im Umgang mit den Staatsmitteln und ein etwas lebhafteres Interesse für Bildungsfragen.»[179] Es wird offen zugegeben, dass die letzten Jahre nicht nur kein Wachstum, sondern geradezu ein «Abbröckeln» mit sich gebracht hätten, weil einerseits die Parolen und Programme zu wenig zugkräftig waren und sich andrerseits die Jugend von der traditionellen Parteipolitik fernhalte.[180] Mit dem stolzen Wort «Sint ut sunt, aut non sint» werden die Gedanken an ein Aufgeben der jetzigen Parteiform aber entschieden abgewehrt[181], und zwar nicht neue, aber den Umständen angemessene Rechtfertigungen für die eigene Existenz gesucht. Sowohl der alten, von den Gegnern stets mit Erfolg verwendeten Redensart von den «orthodoxen und pietistischen» Konservativen, als auch dem nicht minder zugkräftigen Vorwurf «aristokratisch und plutokratisch» zu sein, wird entgegengetreten. Aber nicht nur diese, der jahrzehntelangen Polemik entnommenen Argumente, sondern vor allem politische Gründe erheischen das Ausharren der Minderheitspartei. Ihre Existenz als massvoll kontrollierende Instanz, das

«Zünglein an der Waage» ist für die Gesamtheit notwendig. Beim Verschwinden der Liberalen würde diese Rolle den Katholiken zufallen, und diese, nicht mehr die Freisinnigen, werden jetzt als die eigentlichen Gegner betrachtet.[182)]

Wenn nun auch «die unleugbare Schwäche im Kampf um die Gunst der Massen, die sich die Liberale Partei... durch ihre echte Liberalität zuzieht...» den Fortschritt stark behindert, so kann 1908 wenigstens eine leichte Besserung der Wahldisziplin festgestellt werden. Das hilft aber nicht über die Tatsache hinweg, dass die durch die Bevölkerungsvermehrung verursachten Mandatgewinne allen andern Parteien zufallen, während die Vertretungen der Liberalen gleichbleiben.[183)]

Für die Wahlen von 1911, die ziemlich ruhig verlaufen, wird die liberale Sonderstellung im Verzicht auf ein Parteiprogramm gesehen. Man bezeichnet sich als eine «Partei der Freiheit», die «bei aller Einigkeit in den grossen Zielen, im einzelnen abweichende Meinungen nicht nur duldet, sondern... auch für nützlich hält». Andern Parteien gegenüber sei die Haltung nicht zum vorneherein «schroff ablehnend».[184)] Als konkrete Ziele werden genannt: ein gesunder Finanzhaushalt und das wohlbekannte «tüchtige Männer in den Staatsämtern». Das Resultat der Wahlen wird nicht ungünstig beurteilt; die Bürgerlichen haben ihre Position leicht verbessert, Nutzniesser ist allerdings die neu entstandene «Fortschrittliche Bürgerpartei».

c) Kritik an der Steuer- und Finanzpolitik

Die Wachsamkeit über die Verwendung der Staatsgelder, die Kontrolle des staatlichen Finanzhaushaltes war eine Funktion, zu der sich die Konservativen stets berufen gefühlt hatten. In den 1880er Jahren war die Steuergesetzgebung Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen mit dem Freisinn gewesen. In diesem Bereich hatten die ehemals mächtigen Stadtherren, die den Staatshaushalt gewissermassen als die Erweiterung ihres eigenen, mit grosser Sparsamkeit betriebenen Geschäftes betrachteten, den Einbruch einer neuen Klasse, die einen von weniger Skrupeln belasteten Stil im Umgang mit dem Geld pflegten, wohl am stärksten empfunden. Die Anerkennung der Steuer als einer dem Staat geschuldeten und von ihm festgesetzten Summe bedeutete vollends den Bruch mit der früheren Anschauung, die in der Abgabe einen freiwilligen Beitrag sah, dessen Höhe weitgehend vom Geber selbst bestimmt werden konnte.[185)] Kritik an der Finanzpolitik der Radikalen, die meist im Hinweis auf die «Verschwendung» und in der Mahnung zum Sparen bestand, gehört zu den in der Presse und im Parlament immer wiederkehrenden Themen. Gegen eine allzustarke Belastung der Vermöglichen setzten sich Adolf Burckhardt-Bischoff, der «Altmeister konservativer Steuerpolitik», und Alfons Koechlin ein.[186)] Seitdem das Finanzdepartement von Paul Speiser geleitet wurde, verlor die konservative Kritik an Schärfe, und ganz allgemein verschoben sich die Finanz- und Steuerprobleme aus dem Mittelpunkt mehr an den Rand der öffentlichen Diskussionen. Mit dem Aufkommen der Sozialdemokratie rückten die Standpunkte der bürgerlichen Parteien wieder näher zusammen.[187)]

Die allgemeine wirtschaftliche Lage der Stadt wurde in den Quartiervereinen zu Beginn des Jahrhunderts öfters diskutiert. Neben Finanzleuten und Politikern kamen auch Vertreter des mittleren Bürgertums und des Gewerbes zu Wort. Der Bankier Alfred Sarasin urteilte sehr ungünstig; er wies auf das Missverhältnis hin, das zwischen dem Anwachsen der Bevölkerung und der Zunahme der Steuererträgnisse bestand – die einseitige Belastung der Vermöglichen führt nach seiner Ansicht dazu, dass sowohl die Vermögen selbst als auch die Industrien Basel verlassen. St. Louis, Grenzach, Lörrach blühen auf «dank Basler Intelligenz», ohne dass die Stadt selbst einen Nutzen davon hätte. Es entstehen hier nicht nur keine neuen Industrien, sondern es fehlt überhaupt am wirtschaftlichen Aufschwung, und die bestehenden Produktionszweige werden durch die Streiks geschädigt. Diesen pessimistischen Ansichten eines Vertreters des Kapitals wird in der Aussprache stark widersprochen. Es ist vor allem Paul Speiser, der auf die grossen Vorteile hinweist, die der Stadt durch die Zunahme der Bevölkerung erwachsen.[188)]

Etwas anders gelagert, aber im ganzen doch recht ähnlich tönen die Klagen aus dem Mittelstand. Lehrlings- und Sonntagsgesetz hemmen das kleine Gewerbe, Wohlfahrtseinrichtungen (zu denen auch die Befreiung vom Schulgeld gerechnet wird) begünstigen die auswärts Wohnenden, und in der Steuergesetzgebung zeigt sich die Tendenz zur Zurücksetzung des Mittelstandes am ausgeprägtesten. Auch in diesem Fall bringt die Aussprache eine Verbesserung des düsteren Bildes: Albert Oeri, Eduard Kern, Wilhelm Vischer bemühen sich, die bemängelten Massnahmen zu rechtfertigen und zu zeigen, dass die «wirtschaftliche Potenz» der Stadt letztlich im Interesse aller liege. Regierungsrat Carl Christoph Burckhardt verteidigt die Finanzpolitik der Regierung und hebt die Erfolge hervor, die dem liberalen Einfluss zu verdanken sind, zum Beispiel die Einrichtung einer staatlichen Finanzkontrolle.[189)]

Wir sehen in diesen Aussprachen die bekannten Kontroversen zwischen einem lokal-städtisch empfindenden, sozusagen alt-konservativen Denken, das in der Hochfinanz, aber auch im Kleinbürgertum und im Gewerbe zu finden ist, und einer grosszügigeren, auf weitere Räume eingestellten Auffassung, in der man das Weiterleben des wirtschaftlichen Liberalismus des 19. Jahrhunderts erkennen kann.